

Ecological Consumption Tax –
An (almost) perfect Tax System

Ökologische Verbrauchssteuer -
ein (fast) perfektes Steuersys-
tem

Gero Jenner

Copyright © Gero Jenner, 2019

ISBN: 9781686752476

Imprint: Independently published

Last revision 23.7.2022

Table of Contents - Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Neuer Fiskalismus – eine reine Besteuerung des Verbrauchs.....	7
I) Prinzip und Struktur	7
II) Was ist neu am Neuen Fiskalismus?	8
III) Entwurf einer reinen Besteuerung des Verbrauchs.....	9
a) industrielle Erstverbrauchssteuer	9
b) direkte progressive Endverbrauchssteuer	10
c) Endverbrauchssteuer auf den aktuellen Konsum.....	10
IV) Die Berechnung der Endverbrauchssteuer.....	11
a) Endverbrauchssteuer auf den aufgeschobenen Konsum.....	12
b) Drei Steuermodelle	16
V) Die Steuerbehörde wird zum Sozialamt.....	18
a) Grundsicherung: dem System eingebaut	19
VI) Steuerflucht – die Umgehung der Endverbrauchssteuer	22
VII) Auswirkungen des Neuen Fiskalismus.....	24
VIII) Einwände.....	37
IX) Das Umweltgeld – eine schlecht durchdachte Idee	42
Addenda I (versteuerte Güter und Personen).....	44
Addenda II (Erbschafts- und Vermögenssteuern).....	46
Addenda III (Das Horten von Geld etc.).....	47
Addenda IV (Unzulässige Begünstigung der Unternehmen?).	50
Addenda V (Vom Zentralcomputer oder von Geschäftsbanken kontrolliert?)	55

+++++ENGLISH+++++	57
Preface.....	57
New Fiscalism - a pure consumption tax.....	61
I) Basic principles:	61
II) What is new in New Fiscalism?.....	61
III) Drafting a pure consumption tax	63
a) producer-consumption tax	63
b) direct final-consumer tax	63
c) Direct final-consumer tax on current consumption	64
IV) Calculating the final consumer tax.....	65
a) Direct final-consumer tax on deferred consumption ...	66
b) Three tax models	70
V) The central tax office as welfare bureau.....	71
a) Basic income: a part of the system	72
VI) Tax evasion.....	75
VII) The impact of New Fiscalism	76
VIII) Objections	88
IX) Ecological Tax - how it should <i>not</i> be conceived	92
Addenda I (Taxable goods and persons).....	94
Addenda II (Taxes on inheritance and wealth).....	95
Addenda III (Hoarding money etc.).....	96
Addenda IV (Are companies unduly favored?).....	98
Addenda V (Control: Central Tax Computer or Commercial banks?)	103

Vorwort

Eine Besonderheit ist diesem Buch voranzuschicken: Als gedrucktes Werk verdankt es seine Entstehung der Eitelkeit seines Autors. Bevor ihn andere aufgreifen und als ihr geistiges Eigentum ausgeben, soll dieser Entwurf einer reinen, ökologisch feinjustierten Besteuerung des Verbrauchs, der als Rohform schon im letzten Kapitel meines Buches von Wohlstand und Armut, (Metropolis-Verlag, Sept. 2010) umrissen wurde, hier noch einmal vorgestellt werden, und zwar in seinen wesentlichen, ihn von allen früheren Vorschlägen unterscheidenden Zügen.

Ich spreche absichtlich von einem *fast* perfekten Steuersystem, denn jedes System würde sich, wäre es wirklich perfekt, schon allein dadurch verdächtig machen, ja, wohl sogar als unanwendbar verworfen werden. Politik und Staat - konkret gesprochen, jede gerade an der Herrschaft befindliche oder um sie ringende Partei - legen stets größten Wert darauf, ihrer Klientel mit besonderen Wahlgeschenken zu beglücken. Ein Steuersystem, das diese Einflussnahme einschränken oder gar auf null reduzieren würde, müsste schon allein deshalb mit dem größten Misstrauen rechnen - auch wenn dies niemals offen eingeräumt wird.

Das hier vorgeschlagene System lässt einen Grad der sozialen Treffsicherheit und Objektivität zu, welche nicht nur den Parteien, sondern auch den Reichen und Mächtigen ein Dorn im Auge sein müsste - nicht zuletzt auch den Steuerberatern, denn in dem neuen System werden sie nicht länger gebraucht. Genau dagegen aber werden sie sich mit Klauen und Zähnen wehren. Während die Lastwagenfahrer ohnmächtig erdulden müssen, dass man sie durch digitale Automaten ersetzt, gehören Steuerberater zu den einflussreichsten Kreisen in jedem Staat. Anders gesagt, hätte der

Autor vermutlich um sein Leben zu fürchten, wenn das hier vorgeschlagene Steuersystem tatsächlich eingeführt werden würde.

Und ein weiterer Stolperstein kommt noch hinzu. Eine reine Besteuerung des Verbrauchs funktioniert nur dann wirklich gut, wenn das heute umlaufende Bargeld durch elektronisches abgelöst wird, wie das bekanntlich in den skandinavischen Ländern schon weitgehend der Fall ist. Aber Welch einen Sturm der Entrüstung löst allein schon ein solcher Vorschlag aus, und zwar von linker genauso wie von der rechten Seite! Es heißt, der Staat würde dann auch noch in das Portemonnaie der Bürger hineinspionieren. Welch ein unglaublicher Eingriff in unsere persönliche Freiheit!

Was die lauthals Empörten dabei geflissentlich übersehen ist eine Binsenweisheit, die ihnen längst bekannt sein müsste. Die Mehrheit der abhängig Beschäftigten wird vom Staat ohnehin total überwacht. Arbeiter und Angestellte haben so gut wie keine Möglichkeit, dem Steuerdruck zu entkommen - ihre Einkommen sind dem Finanzamt auf Heller und Pfennig bekannt. Zu fürchten hätten sich allein die Reichen im Land (und natürlich ein Großteil der Mächtigen), denn diese wären der Mehrheit dann gleichgestellt.

Tatsächlich gehorcht der Aufschrei gegen die Abschaffung des Bargelds den Interessen des (oft noch dazu illegalen) Profits; durch gezielte Propaganda werden die Köpfe zusätzlich so weit vernebelt, dass auch die abhängig beschäftigte Mehrheit schließlich der Illusion erliegt, ohne Bargeld nicht existieren zu können. Triftiger scheint da schon der Einwand zu sein, dass es nur eines Blackouts der Versorgung mit elektrischer Energie bedarf, um alles Geld in Nichts aufzulösen. Doch dieser Einwand gilt letztlich für die gesamte Wirtschaft. Diese bräche augenblicklich und vollständig zusammen, wenn die Elektrizitätsversorgung tatsächlich über längere Zeit aussetzen würde.

Was die Idee einer strikten Besteuerung des Verbrauchs betrifft, so ist diese nicht an und für sich revolutionär. Im Gegenteil hat sie schon großen Denkern wie John Stuart Mill eingeleuchtet. Und in neuerer Zeit hat man auch Vorschläge gehört, wie man sie verwirklichen könnte. Der Verbrauch ergibt sich bekanntlich als Differenz zwischen Einkommen und Ersparnis. Diese einfache Formel hat jedoch einen offensichtlichen Haken. Auch sie lässt sich problemlos nur auf die kleinen Leute anwenden - die wirklich großen Akteure können sowohl den Umfang ihrer Einkommen wie den ihrer Ersparnisse ziemlich mühelos vor dem Staat verbergen. Nur das hier vorgestellte Steuersystem umgeht diese Klippe - genau deswegen ist es ja auch - nahezu - perfekt.

Trotzdem ist damit zu rechnen, dass es aus den schon genannten Gründen von vielen als inakzeptabel verworfen wird. Die Kritiker sollten sich dann aber bewusst sein, dass jede konsequente Besteuerung des Verbrauchs anstelle von Arbeit, notwendig zu einem System wie dem hier vorgeschlagenen führt. Man kann nicht einerseits immer wieder auf der Forderung nach Besteuerung des Verbrauchs bestehen und andererseits ein System verwerfen, das allein imstande ist, dieses heute so notwendige Projekt auch wirklich durchzusetzen.

Man sollte dem Autor auch nicht Absichten zum Vorwurf machen, die ihm durchaus fremd sind. Es ist wahr: Streckenweise lesen sich die folgenden Seiten wie die theoretischen Konstruktionen eines linken Weltverbesserers. Aber die Dichotomie von links und rechts erweist sich als trügerisch, denn der Autor ist ein engagierter Verteidiger der Eigentumsgesellschaft sowie der individuellen Leistung und Initiative. Die darauf begründete soziale Marktwirtschaft hält er für das beste aller bisher erfundenen ökonomischen Systeme. Nur ist er sich eben gleichzeitig deutlich bewusst, dass dieses System an einer Geburtskrankheit leidet, an der es regelmäßig zerbricht: der zunehmenden Konzentration der

Vermögen. Walter Scheidel, US-amerikanischer Wirtschaftshistoriker, hat gezeigt, dass sich in der bisherigen Geschichte der Menschheit die zunehmende Ballung der Vermögen in wenigen Händen auf friedliche Art bestenfalls abbremsen, aber niemals aufhalten ließ. Das geschah immer nur durch (Bürger-)Krieg und Zerstörung. Diese traurige Diagnose gilt auch für die Umverteilung in den Sozialstaaten Europas, die wesentlich zwischen den unteren neunzig Prozent stattfindet, aber gerade die reichsten zehn Prozent am wenigsten betrifft. Anders gesagt, bleiben letztlich alle Versuche vergeblich, die zunehmende Konzentration dadurch aufzuhalten, dass man an den am wenigsten begünstigten Teil der Bevölkerung etwas mehr Geld verteilt. Wirksam ist allein, wenn man eine Grenze nach oben zieht, damit der große Reichtum nicht alle Grenzen sprengt.

Der Leser möge sich die elementare Gefährdung der Eigentumsgesellschaft durch die Konzentration der Vermögen vor Augen halten, falls er den Autor dieses Buches dafür kritisiert, dass ihm eine neue Vermögenssteuer so wichtig erscheint. Müssen wir nicht nach einer friedlichen Alternative für Krieg und Zerstörung suchen?

Ich möchte diese Einleitung nicht abschließen, ohne einem renommierten deutschen Steuerexperten an dieser Stelle meinen ausdrücklichen Dank abzustatten. Fachleute sind sich meistens zu gut, um die Gedanken eines Außenseiters zu beachten, geschweige denn sich zu einer Stellungnahme herabzulassen. Meist halten sie es für unter ihrer professionellen Würde, auf Brief oder Email auch nur eine Antwort zu erteilen. Besonders in Deutschland sind professioneller Dünkel und akademisches Klüngelwesen weit verbreitet. Umso dankbarer bin ich Herrn Prof. Lorenz Jarass für seine freundlichen Kommentare. Dass ich ihn letztlich enttäuschen musste, war freilich vorauszusehen. Er forderte mich auf, in genauen Zahlen zu beziffern, was eine Umstellung vom

bisherigen Steuersystem auf das von mir vorgeschlagene konkret bedeuten würde. Selbstverständlich ist das eine logische und vor dessen Verwirklichung auch unbedingt notwendige Forderung. Mir allerdings war es genug, die Idee selbst zu umreißen und ihre technischen Voraussetzungen zu erläutern. Um zu einem Steuerexperten zu werden, fehlen mir die Voraussetzungen und leider auch die dazu nötige Berufung. Ich antwortete, dass es dem Staat aus rein logischen Gründen möglich sein müsse, auf dem Weg des Verbrauchs (*ceteris paribus*) eine gleich große Steuersumme zu erheben wie auf dem heute üblichen Weg der Einkommensbesteuerung. Daran halte ich auch bis heute fest.

Neuer Fiskalismus – eine reine Besteuerung des Verbrauchs

Jedes gute Steuersystem ist ein Kompromiss zwischen zwei gegenläufigen Zielen: einerseits der Forderung der Allgemeinheit nach sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit, andererseits dem Bestreben, jeden Bürger zum vollen Einsatz seiner Kräfte für das gemeinsame Wohl anzuregen. Die Qualität eines Steuersystems bemisst sich daran, wie viele Menschen benötigt werden, um es zu schützen bzw. zu überlisten. In einem perfekten System werden weder Finanzbeamte noch Steuerberater gebraucht. Der neue Fiskalismus soll darüber hinaus Perspektiven für einen ökologisch orientierten Staat eröffnen, der sich gegen die übermäßige Konzentration von Einkommen und Vermögen zur Wehr setzt und Wohlstand für alle schafft. (Zusammenfassung und Erweiterung der Thesen aus dem letzten Kapitel von *Wohlstand und Armut*, Metropolis-Verlag, Sept. 2010; erste Kurzfassung der wichtigsten Ideen in meinem Artikel *Ein grober Unfug – Wir bestrafen die Kreativität*.)

I) Prinzip und Struktur

Das Grundprinzip der neuen Besteuerung: Statt jene durch Steuern zu bestrafen, die den Wohlstand der Allgemeinheit erhöhen, indem sie dieser die eigene Leistung geben, belastet der Staat grundsätzlich nur den Verbrauch, also dasjenige, was Unternehmen und Endverbraucher der Allgemeinheit nehmen, d.h. was sie ihr durch den Konsum von Rohstoffen und Fertigprodukten entziehen.

II) Was ist neu am Neuen Fiskalismus?

Nicht das Prinzip selbst. Dieses leuchtet so unmittelbar ein, dass es schon von John Stuart Mill um die Mitte des 19. Jahrhunderts vertreten wurde. Neu ist seine praktische Anwendung unter der Voraussetzung erst heute vorhandener technischer Mittel (automatische elektronische Erfassung von Zahlungsvorgängen). Die bisher vorgeschlagene Errechnung des Konsums aus der Differenz von Einkommen und Ersparnis würde den mit dieser Umstellung beabsichtigen sozialen Zweck torpedieren, weil ja gerade die höchsten Einkommen bisher stets im Dunkeln lagen.

Die technische Neugestaltung

betrifft neben elektronischen Lesegeräten zur Registrierung des Konsums einen Computer, den ich als Zentralen Computer der Steuerbehörde bezeichne. Das ist kein Deus ex Machina; das Rechenzentrum steht hier schlicht für die Gesamtheit aller digital automatisierbaren Vorgänge. Bei einer Bevölkerung von 80 Millionen Menschen bilden solche Routinevorgänge eine gewaltige Masse. Der Zentralcomputer ist eine geistlose Maschine – so geistlos wie die Vorgänge, die er ersetzt. Es ist daher entscheidend, wie man ihn im Sinne von Steuergerechtigkeit einsetzt und programmiert.

Außer dieser grundlegenden technischen Neugestaltung der Steuererhebung gehört die Erfassung des aufgeschobenen Konsums zu den wichtigsten Merkmalen des Neuen Fiskalismus. Sämtliche individuellen Ersparnisse, also alle Mittel, die nicht im aktuellen Konsum Verwendung finden, werden als aufgeschobener Konsum betrachtet. Damit werden alle individuellen Ersparnisse, deren Zweck nicht in einem späteren Konsum, sondern in

der Akkumulation von Macht besteht, zwar nicht als illegitim, aber als nur bedingt zulässig, behandelt.

Diese Steuererhebung bietet den zusätzlichen Vorteil, dass sie die Grundsicherung jedes Bürgers ebenfalls zu berücksichtigen vermag. Insgesamt läuft dies auf eine außerordentliche Vereinfachung gegenüber dem geltenden System hinaus. Mehr als neunzig Prozent der bisherigen Beamten werden nicht länger gebraucht.

III) Entwurf einer reinen Besteuerung des Verbrauchs

In einem reinen Verbrauchssteuersystem gibt es nur noch zwei Steuerarten, d.h. alle übrigen Steuern wie Mehrwertsteuer, Einkommensteuer usw. entfallen:

a) industrielle Erstverbrauchssteuer

auf sämtliche knappen Rohstoffe vor oder bei ihrer industriellen Verwendung durch Unternehmen. Diese Abgabe dient vorrangig der ökologischen Steuerung. Sie wird in der vorliegenden Arbeit nicht diskutiert, da ihr Einsatz und Zweck offensichtlich sind. Derzeit besteuert die Regierung mineralische Ressourcen, weil sie entweder knapp oder ökologisch schädlich sind. Er sollte in ähnlicher Weise mit allen anderen Ressourcen verfahren, die von privaten Unternehmen für die Produktion genutzt werden.

b) direkte progressive Endverbrauchssteuer

auf den aktuellen und den aufgeschobenen Konsum, die den eigentlichen Kern des Neuen Fiskalismus bildet und dessen entscheidende Neuerung. Der Einfachheit halber werde ich mich hier darauf beschränken, die Funktion der Endverbrauchssteuer in einem Staat zu beschreiben, der seinen Zahlungsverkehr zu 100% auf bargeldlosen Verkehr umgestellt hat (in Deutschland wurden 2010 wertmäßig etwa 42% aller Einkäufe bargeldlos, also auf elektronischem Wege vorgenommen). Nach dieser Umstellung wird Bargeld nur noch für Zahlungen im Ausland verwendet, weil man Letzteres nicht gut zur Übernahme des eigenen Systems zwingen kann.

c) Endverbrauchssteuer auf den aktuellen Konsum

Technische Bedingungen für die Verwirklichung einer Endverbrauchssteuer: Jeder Einkauf eines Endkonsumenten (ich spreche hier, wie gesagt, nicht von den Einkäufen der Betriebe, da für diese die Erstverbrauchssteuer gilt) erfolgt mit einer Kredit+Steuerkarte von ähnlicher Art wie heutige Bankomat- oder Kreditkarten, nur dass die dabei jeweils abgebuchte Summe nicht wie heute nur an die Bank gemeldet, sondern zugleich auch an den Zentralcomputer der Steuerbehörde weitergeleitet wird. Dasselbe geschieht, wenn der Kauf auf dem Wege einer Banküberweisung erfolgt. Dem Zentralcomputer wird also die jeweilige Einkaufssumme zusammen mit der Identitätsnummer des Konsumenten mitgeteilt. Bei diesem Vorgang interessiert sich die Steuerbehörde (der Zentralcomputer) bei 95% der Käufe nicht für die Art der eingekauften Objekte, sondern ausschließlich für die dabei jeweils gezahlte Summe. Alle Summen, die ein Konsument

X im Laufe eines Zeitabschnitts (z.B. eines Monats), an beliebigen Orten (auch im Ausland) mit seiner Karte abbucht, werden im Zentralcomputer erfasst und automatisch addiert.

Wie schon heute weitgehend, aber noch nicht vollständig, der Fall sind alle Verkaufsstätten mit entsprechenden Lesegeräten für die Kredit+Steuerkarten ausgestattet. Die Steuerbehörde besteht dagegen im Wesentlichen nur noch aus einem Computer.

IV) Die Berechnung der Endverbrauchssteuer

Liegt die vom Computer für einen bestimmten Zeitraum (z.B. einen Monat) errechnete Gesamteinkaufssumme eines Steuerpflichtigen *unterhalb* eines bestimmten Lebensminimums, so wird vom Zentralcomputer kein Steuerbescheid ausgestellt, entspricht die Summe dem durchschnittlichen Standardkonsum, so wird eine Standardsteuer erhoben. Summen über dem Standardkonsum werden nach einem einfachen Algorithmus progressiv besteuert, so dass – je nach Steilheit der Progression – ein zehnfach über dem Standard liegender Konsum eine – je nachdem – zwanzig- oder hundertfach höhere Steuerbelastung trägt. *Die Progression geht aus demokratischer Festlegung und ökologischen Absichten hervor* (wobei durchaus auch Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit gelten können, die ich hier übergehe).

Während der Konsum unterhalb eines Minimums gar nicht besteuert wird, verteuert er sich umso mehr, je weiter er sich in seiner Höhe vom Standard entfernt. Auf diese Weise kann er ab einer bestimmten Grenze schließlich unbezahlbar werden. Nicht seine Unbezahlbarkeit ist allerdings der soziale Zweck progressiver Besteuerung, sondern dass jeder Bürger einen umso größeren Beitrag zum Allgemeinwohl leistet, je mehr er durch seinen individuellen Verbrauch die Natur belastet und der allgemeinen

Verfügbarkeit entzieht. Der aktuelle Konsum umfasst Güter des täglichen Verbrauchs wie Nahrungsmittel, Mobiliar usw., langlebige Güter wie Autos, Waschmaschinen etc. und schließlich dauerhafte Güter wie Immobilien sowie Grund und Boden. Der Konsum bei Arbeitslosigkeit, der Konsum an medizinischen Leistungen im Krankheitsfall und schließlich die Pflege im Alter bedürfen einer besonderen Regelung. Zudem unterscheiden sich Konsumenten auch dadurch, dass sie als einzelne oder in Partnerschaften in Erscheinung treten. Diese Fälle berühren nicht das Prinzip der Endverbrauchsbesteuerung, sie bedürfen aber einer gesonderten Behandlung (vgl. Addenda I).

a) Endverbrauchssteuer auf den aufgeschobenen Konsum

Begriff und Inhalt des aufgeschobenen Konsums bilden eine tragende Säule des Neuen Fiskalismus. Sie ersetzen das Konzept der Ersparnis. In der ökonomischen Wissenschaft spielt die Ersparnis zu Recht eine überragende Rolle, weil sie eine doppelte Funktion erfüllt. Sie dient der Absicherung der Bürger und ist die Quelle für öffentliche und private Investitionen. Übersehen wird dabei in der Regel, dass Ersparnisse auch die *tieferen Ursache für die Selbstzerstörung der Eigentumsgesellschaften* darstellen. Denn sie dienen eben nur teilweise dem aufgeschobenen Konsum, ihre oft überragende und gefährliche zweite Funktion besteht in der Anhäufung individueller Vermögen, deren eigentlicher Zweck persönliches Prestige und persönliche Macht sind. In einem demokratisch verfassten Gemeinwesen ist das Bedürfnis nach persönlicher Macht und Prestige jedoch weder von der Wirtschaftstheorie noch von der politischen Theorie vorgesehen, geschweige denn legitimiert. Dennoch liegt es der zunehmenden Konzen-

tration von Reichtum in wenigen Händen zugrunde und hat in unseren Tagen dazu geführt, dass souveräne Staaten durch nationale wie internationale Gläubiger unter Druck gesetzt und erpresst werden können. Die Konzentration der Vermögen ist ein gefährliches Übel, welches das innere Gleichgewicht jeder Eigentums-gesellschaft im Laufe ihrer Entwicklung regelmäßig bedroht und schließlich auch das Verhältnis zwischen ihnen zerstört. Wenn eine Gesellschaft diese Selbstzerstörung vermeiden will, darf sie Ersparnisse nur fördern und dulden, sofern und solange ihr Zweck im aufgeschobenen Konsum besteht. Richtiger muss es heißen, dass eine Gesellschaft nur dann von dem Übel einer zunehmenden Konzentration der Vermögen verschont bleibt, wenn die Ersparnis ausschließlich der Vorsorge dient, d.h. dem aufgeschobenen Konsum.

Im Prinzip wird der aufgeschobene Konsum nicht anders besteuert als der aktuelle. Der Bürger erwirbt ein Produkt, d.h. er zahlt Geld auf ein Bankkonto, kauft Aktien oder andere Wertpapiere, um sich im Hinblick auf Alter, Krankheiten etc. abzusichern. Diese Vorsorge ist im Interesse der Allgemeinheit und wird dementsprechend von ihr gefördert. Sie bildet außerdem die Voraussetzung für Investitionen in den produktiven Bereich, da sie der Industrie die nötigen Mittel (in Form von Krediten oder Beteiligungen) zur Verfügung stellt. Wer aus Mangel an Einkommen nichts sparen oder anlegen kann, bleibt steuerfrei. Die Steuer auf den aufgeschobenen Konsum - d.h. die neue Vermögenssteuer - setzt erst an der Stelle ein, wo ein aufgeschobener Maximalkonsum überschritten wird und angehäuftes Vermögen als Instrument des ökonomischen Machterwerbs dient.

Wie ist das konkret zu verstehen? Solange ein Firmenchef das Betriebsvermögen verwaltet, erfüllt er eine legitime Funktion für die Gesellschaft, ganz gleich wie groß dieser Betrieb und das darin gebundene und verwaltete Vermögen sind. Auch die Übertra-

gung dieses Betriebsvermögens in andere Hände (zum Beispiel die eigenen Kinder) sollte steuerfrei bleiben, da derartige Steuern nur die Kreativität (die Leistung) belasten (Addenda II). In dem Augenblick aber, wo der Inhaber seine Firma verkauft, ändert das Vermögen schlagartig seinen Charakter. Es dient nicht länger der Allgemeinheit, sondern ausschließlich einer Privatperson, die jetzt keine Leistung mehr dafür erbringt, sondern im Gegenteil nur noch von der Leistung anderer zehrt. Wenn man verhindern will, dass sich das Vermögen jetzt in ein illegitimes privates Machtinstrument verwandelt, dann liegt seine einzige Rechtfertigung – aber auch seine Notwendigkeit – in den Erfordernissen eines aufgeschobenen Konsums: Es dient der Vorsorge im Hinblick auf Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit, also für jene Zeit, wo der einzelne nicht länger von der eigenen Arbeit zu leben vermag.

Diese Eigenvorsorge darf der Staat getrost in großzügiger Weise bemessen. Abgesehen von einem selbstgenutzten(!) Vermögen an Wohnraum, Grundstück und Fahrzeug, das der Staat bei minimaler Größe überhaupt nicht, aber bei wachsender Größe und Qualität progressiv besteuert, könnte er als maximalen jährlichen Konsumbedarf einer Einzelperson etwa 200 000 Euro festschreiben und dafür einen maximalen Zeitraum von zehn Jahren ansetzen. Das würde in etwa der Zeit entsprechen, die der einzelne noch als Pensionist leben wird. Mit anderen Worten: Der Staat hat den Luxuskonsum durchaus nicht beschnitten, sondern nur das Vermögen als Quelle privater Machtausübung: Der maximale Umfang eines individuellen Vermögens wäre damit auf etwa zwei Millionen Euro begrenzt. Anders gesagt, ist es allein dieser Betrag, der beim Verkauf des Unternehmens seinem früheren Besitzer verbleiben soll.

Ohne eine solche Vermögenssteuer, welche alle Anhäufung von privatem Reichtum über den Umfang einer legitimen Erspar-

nis hinaus wirksam verhindert, wird sich das Hauptproblem der Eigentumsgesellschaft – die sich stetig vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich – niemals bewältigen lassen. Dagegen wird mit einer derartigen Regelung der übermäßigen Anhäufung von Ersparnissen (Bankguthaben, Wertpapieren usw.) in den Händen natürlicher Personen der Boden entzogen. Eine Vermögenskonzentration durch leistungslose Einkommen ist unter dieser Voraussetzung nicht länger möglich. Für Investitionen stehen dennoch Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung, weil die Ersparnisbildung sich jetzt gleichmäßig auf die ganze Bevölkerung verteilt. Sie wird bei den Einkommensschwachen durch staatliche Zuschüsse gefördert (negative Besteuerung), bei den Einkommensstärksten ab einer bestimmten Grenze gekappt.

Technisch ist die Kontrolle des aufgeschobenen ebenso problemlos wie die des aktuellen Konsums. Da alle Zahlungen im Inland elektronisch erfolgen, lassen sich Einzahlungen auf Sparkonten oder beim Einkauf von Aktien etc. verlässlich durch den Zentralcomputer erfassen. Dabei ist es gleichgültig, in welchem Alter jemand die maximale Grenze des aufgeschobenen Konsums überschreitet. Das kann schon mit 20 oder erst im Alter von 60 Jahren der Fall sein. Die Mehrheit der Bevölkerung wird diese Grenze ohnehin nie erreichen, daher tritt die neue Vermögenssteuer bei ihr gar nicht erst in Kraft.

Mit der Besteuerung des aktuellen und des aufgeschobenen Konsums wird eine wundersame Revolution in Bewegung gesetzt. Der Wirtschaft geht es mit einem Schlag weit besser als je zuvor. Sie ist von allen Steuern entlastet, ausgenommen jenen, die ihren Ressourcenverbrauch betreffen (Industrielle Erstverbrauchssteuer). Kreativität und Arbeit sind von allen Abgaben befreit – das wirksamste Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Der Staat aber kann mit der neuen Vermögenssteuer (Steuer auf den aufgeschobenen Konsum) seine Schuldenlast reduzieren.

Mit dieser Notoperation am zuckenden Herzen des sozialen Körpers entkommt er der Schuldenfalle, der er auf anderem Wege nicht mehr zu entgehen vermag. Man vergesse nicht, dass der gesamte Schuldenberg Deutschlands (Staats- und Unternehmensschulden zusammen) inzwischen eine Höhe von etwa sechs Billionen Euro oder den dreifachen Wert des BIP erreicht und dass die ihm entsprechenden Guthaben etwa zur Hälfte (3 Billionen) den oberen zehn Prozent der Deutschen gehören, die Staatsschulden sich aber auf 80% des BIP (also etwas weniger als 2 Billionen) belaufen. Ohne eine schrittweise Reduktion dieser Guthaben sind die ihnen entsprechenden Schulden nicht mehr zu beseitigen.

Im Einzelnen wird man auch beim aufgeschobenen Konsum zu besonderen Regelungen greifen müssen, um Missbrauch zu verhindern wie z.B. das Parken des eigenen Vermögens auf einem Girokonto (Addenda III). Darüber hinaus habe ich bereits hervorgehoben, dass das Vermögen in einem vom Eigentümer persönlich geführten Betrieb eben nicht als aufgeschobener Konsum gelten darf. Es ist und bleibt Betriebsvermögen. Hier kann es keineswegs im Interesse der Allgemeinheit sein, solches Eigentum hinwegzusteuern oder es auch nur durch Besteuerung einzuschränken (Ausnahmen unter Addenda IV).

b) Drei Steuermodelle

Jede Wirtschaft profitiert unmittelbar, wenn sie die Besteuerung der Leistung durch die des Verbrauchs ersetzt. Arbeit und Kreativität werden von der Gesellschaft aufgewertet, wenn man sie nicht durch Steuern bestraft. Andererseits braucht nicht jede Gesellschaft eine Vermögenssteuer. Das gilt etwa für einen Staat am Anfang seiner industriellen Entwicklung, sofern – wie das etwa für China unter Mao galt – eine weitgehende materielle Gleich-

heit der soziale Ausgangspunkt ist. In diesem Fall kann die Aussicht, durch Leistung zu besonderem Reichtum zu gelangen, der Wirtschaft und den in ihr handelnden Menschen einen außerordentlichen Auftrieb verleihen. Seit Deng Xiao Ping und seiner Aufforderung, reich zu werden, hat diese Motivation ein geradezu explosives Wachstum der chinesischen Wirtschaft bewirkt. Dieses Anfangsstadium einer Wirtschaft im stürmischen Wachstum unterscheidet sich allerdings markant von der wirtschaftlichen Sättigung der früh industrialisierten Staaten des Westens. Diese haben die ökologisch akzeptable Grenze quantitativen Wachstums längst überschritten.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist durch die sozialen Leistungen des Staates gegenüber den Hilfsbedürftigen gegeben. Ich unterscheide drei verschiedene Modelle der Besteuerung und Abgabenerhebung.

Erstens: Das einfachste Modell besteht in der Einführung der Erstverbrauchssteuer für Unternehmen und einer progressiven Endverbrauchssteuer des aktuellen Konsums. Die Steuererhebung wird radikal vereinfacht und verbilligt, die Wirtschaft angekurbelt. An der bestehenden Vermögensstruktur wird nichts geändert.

Zweitens: Modell zwei baut auf dem ersten auf, nur dass es die Sozialleistungen des Staates gleichfalls automatisch erfasst und verrechnet (siehe unten: Die Steuerbehörde wird zum Sozialamt). Verwaltungskosten werden noch stärker reduziert.

Drittens: Staaten, die an einer zunehmenden Ungleichverteilung und entsprechenden sozialen Spannungen zu scheitern drohen bis hin zur Gefährdung der Demokratie, besteuern außer dem aktuellen auch den aufgeschobenen Konsum (die großen Ersparnisse).

Zusammen mit den Modellen eins und zwei führen sie die oben beschriebene Besteuerung der Vermögen ein.

V) Die Steuerbehörde wird zum Sozialamt

Im alten Steuersystem weiß der Staat genau über die finanzielle Situation der großen Mehrheit seiner Bürger Bescheid. Die Einkommen der abhängig Beschäftigten sind ihm auf Heller und Pfennig bekannt. Anders gesagt, sind die Bürger für ihn vollständig "transparent". Nur die oberen zehn Prozent genießen die Freiheit, ihre Einkommen und Vermögen entweder zu verschleiern oder auch ganz zu verheimlichen.

Das neue System könnte dieser Ungerechtigkeit ein Ende bereiten, indem es dem Staat einen Einblick zwar nicht in die Einkommen, wohl aber in den Konsum aller Bürger gewährt, natürlich auch den der oberen zehn Prozent. Und es gibt keine versteckten Konten, obwohl die Steuerbehörde sich keinen Einblick in die Quelle der Einkommen verschafft, also wo und durch welche Arbeit diese erworben wurde (Nachforschungen bei kriminellen Aktivitäten ausgenommen). Dieser Zustand ist heute schon weitgehend verwirklicht. Um Geldwäsche zu vermeiden, werden Konten, deren Eigentümer sich nicht ermitteln lassen, in Europa nicht länger geduldet.

Ein solcher Zugriff der zentralen Steuerbehörde auf die Konten von Bürgern, die staatliche Hilfe beanspruchen, stellt allerdings nur die einfachste Lösung dar, er ist keine Notwendigkeit. Alternativ lässt sich dieselbe Wirkung erzielen, wenn wie bisher nur die Geschäftsbanken Einsicht in die Konten genießen (Addenda V).

Wer glaubt, dass sich eine Offenlegung aller Privatkonten gegenüber der Steuerbehörde und damit dem Staat nicht durchsetzen lasse und vielleicht nicht einmal wünschenswert sei, der kann auch bei der alternativen Lösung bleiben. Im Folgenden stelle ich dennoch die genannte einfache Lösung vor, weil sie leichter verständlich ist. Wenn der zentrale Steuercomputer veranlasst, dass Sozialhilfe an eine bestimmte Person überwiesen wird, weil ihr aktueller Verbrauch unter ein kritisches Niveau gesunken ist, dann sage ich, dass er dies erst tut, nachdem er das oder die Konten dieser Person überprüft hat. Aber in Wirklichkeit könnte die Geschäftsbank dies nach natürlich ebenso anstelle der zentralen Steuerbehörde tun.

Der Staat kann aufgrund dieser Einsicht bei Arbeitslosigkeit, Bedürftigkeit und in Notsituationen nun wirksame Hilfe leisten. Tatsächlich ist eine grundlegende administrative Vereinfachung möglich. Besteuerung und soziale Hilfe werden in einer Behörde zusammengefasst. Im Prinzip können sie von einem einzigen Computer aus durchgeführt werden und noch dazu auf eine viel gerechtere und umfassendere Weise, als das heute der Fall ist.

a) Grundsicherung: dem System eingebaut

Vorbemerkung:

Im Prinzip wäre es denkbar, dass jeder Bürger ein Grundeinkommen bezieht, auch ein bedingungslos gewährtes, wie es von Herrn Götz Werner in Deutschland propagiert wird. Die Vermutung, dass die Bereitschaft zur Arbeit darunter leiden würde, ist nicht erwiesen und stellt bis dahin kein ernst zu nehmendes Gegenargument dar. Allerdings macht das bedingungslose an jeden Bürger gezahlte Grundeinkommen nur unter der Voraussetzung großer Ungleichheit einen Sinn, und auch nur dann, wenn es von den

finanziell Begünstigten finanziert wird. In einer Gesellschaft mit weitgehend gleichem Einkommensniveau und weitgehend gleicher Vermögensverteilung würde es seinen Zweck augenblicklich verlieren. Denn jeder würde es dann ja mit der eigenen Arbeit an sich selber auszahlen. Er würde mit der linken Hand empfangen, was er mit der rechten gegeben hat. Die Menschen kämen sehr schnell zu dem Schluss, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen nur den Bedürftigen gewährt werden sollte. Man würde also genau dort ankommen, wo man heute schon ist: bei einer bedarfsabhängigen Grundsicherung.

Diese Überlegung lässt sich leicht nachvollziehen. Ebenso wichtig wie die Idee der Grundsicherung ist daher die Frage, wer sie bezahlt und auf welche Art sie erhoben wird. Die Grundsicherung mit der Mehrwertsteuer zu finanzieren, die gar keine echte Verbrauchssteuer ist, lässt sich nur als Betrugsmanöver auffassen, denn es sind dann die sozial Schwächsten, die dafür in erster Linie zur Kasse gebeten werden.

Das Vorgehen der zentralen Steuerbehörde

Schauen wir uns an, wie eine gerechte Lösung im neuen Steuersystem auf einfache Art zu verwirklichen wäre. In dem Augenblick, wo ein Konsument mit seinen Einkäufen unterhalb des Lebensminimums liegt und sein Konto leer ist, wird die Bankomat+Steuerkarte vom Zentralcomputer so frei geschaltet, dass er in beliebigen Geschäften einkaufen kann, und zwar im Umfang des Standardkonsums. Der Zentralcomputer veranlasst dementsprechend die Überweisung staatlicher Mittel auf das Konto des Notleidenden, und zwar in einer Höhe, die dem Umfang des Standardkonsums entspricht.

Dies gilt jedoch nur für eine bestimmte Zeit, nämlich so lange, wie seine Bedürftigkeit anhält oder maximal für ein oder zwei Jahre, etwa um einen aufgrund von Arbeitslosigkeit entstandenen

plötzlichen Einkommensverlust auszugleichen. In Höhe der Summen, die der Staat auf diese Weise dem Hilfsbedürftigen vorstreckt, belastet er aber zur gleichen Zeit den aufgeschobenen Konsum, also langfristig angelegte Ersparnisse. Falls solche Ersparnisse nicht vorhanden sind, wird die Steuer auf den künftigen Standardkonsum nach Ende der Hilfeleistung so weit (bis zur Grenze des Minimalkonsums) angehoben, dass die Hilfe innerhalb einer bestimmten Zahl von Jahren wieder zurückgezahlt werden kann. Niemand hat also Grund, die Leistungen der Allgemeinheit außer bei wirklicher Hilfsbedürftigkeit in Anspruch zu nehmen. Es ist auch nicht länger möglich, dass jemand zwar über Bankguthaben oder Aktienpakete verfügt, aber trotzdem die Hilfe der Allgemeinheit in Anspruch nimmt.

Parasitäres Verhalten

Zwischen der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und einer Grundsicherung wird im neuen System nicht grundsätzlich unterschieden. Beide erfolgen in Höhe des Standardkonsums. Stellt der Zentralcomputer allerdings fest, dass der Betroffene nie Einzahlungen vornahm, um für das Alter vorzusorgen – besteht, mit anderen Worten, der begründete Verdacht, dass jemand von vornherein damit speulierte, später einmal der Allgemeinheit zur Last zu fallen, um sich damit einen ungerechtfertigten Vorteil vor all jenen zu verschaffen, die sehr wohl mit eigenen Mitteln vorgesorgt haben – dann ist ein sozialer Staat zwar immer noch gehalten, die Betroffenen zu unterstützen. Die Steuerbehörde wird die ursprüngliche Hilfe in der Höhe des Standardkonsums aber nach ein, zwei Jahren auf das zum Leben erforderliche Minimum reduzieren und dabei negative Anreize setzen, um solches Verhalten zu sanktionieren. Damit wird ausdrücklich bezweckt, sozial parasitäres Verhalten – aber wirklich nur dieses – mit einem gewissen Stigma zu versehen.

Mir ist bewusst, dass alle Auflagen, sofern sie die Ärmsten in der Gesellschaft betreffen, bei sozial Engagierten auf unmittelbaren emotionalen Widerstand stoßen. Man macht sich viel populärer, wenn man an alle Geschenke verteilt – wie Götz Werner das mit seinem bedingungslosen Grundeinkommen bezweckt. Doch dann hat man eben auch in Kauf zu nehmen, dass Millionäre von seinem Schlage, die diese Geschenke auf Kosten anderer verteilen (vor allem auf Kosten des Mittelstands), nicht nur selbst ungeschoren bleiben, sondern von der Abschaffung der Einkommenssteuer sogar noch stark profitieren.

Leider ist parasitäres Verhalten – das Leben auf Kosten anderer – sowohl in den obersten wie in den untersten gesellschaftlichen Etagen (Schwarzarbeit) eine unbestreitbare Realität. Ein wichtiger Zweck des Neuen Fiskalismus liegt in der Verhinderung einer weiteren Konzentration der großen Vermögen. Auf eine für alle erträgliche Art will er die Zerstörung der Eigentums-gesellschaft durch die oberen zehn (oder weniger) Prozent beenden. Dieses Anliegen aber lässt sich nur glaubhaft verwirklichen, wenn auch der Missbrauch von unten eingedämmt wird...

VI) Steuerflucht – die Umgehung der Endverbrauchssteuer

Steuerflucht ins Ausland ist unter den technischen Bedingungen der Endverbrauchsbesteuerung nicht länger möglich. Denn alle Zahlungen eines Inländers im Ausland erfolgen entweder mit der vorgenannten Kredit+Steuerkarte - dann gelten dieselben Regeln wie oben - oder sie werden in bar vorgenommen, da man das Ausland nicht zwingen kann, elektronische Bezahlung zu akzeptieren. Da aber im Inland der gesamte Zahlungsverkehr nur elektronisch

erfolgt, muss jeder der im Ausland bar zahlen will, deutsche Mark oder Euro entweder an der Grenze oder bei seiner Bank abheben. Sie werden ihm dort auch in beliebigem Umfang gewährt, aber stets nur für einen von ihm angegebenen Zeitraum. Man muss also angeben, für welche Dauer man das Bargeld in Anspruch nimmt. Dementsprechend errechnet der Zentralcomputer die Steuersumme seines Konsums für den betreffenden Zeitraum (und bucht in diesem Fall die fällige Steuer vor Auszahlung der beanspruchten Summe ab, damit keine Kapitalflucht ins Ausland erfolgen kann). Falsche Angaben sind kaum möglich, weil die Dauer des Aufenthalts dem Computer ja sofort angezeigt wird, sobald die Karte nach dem Aufenthalt im Ausland neuerlich im Inland benutzt wird.

Im Übrigen bieten Einkäufe im Ausland nun auch keinen Vorteil mehr gegenüber dem heimischen Konsum. Da die Steuer auf Arbeit (Einkommenssteuer) sowie Mischsteuern in der Art der Mehrwertsteuer im Inland zur Gänze entfallen, kommt es zu einer starken Verbilligung inländischer Produkte im Gegensatz zu denen des Auslands – jedenfalls so lange das neue System nicht auch dort eingeführt wird. Der Konsum im Inland wird dadurch wesentlich gefördert (allerdings nur insoweit er nicht in Widerspruch zu ökologischen Zielen gerät, denen die Erstverbrauchssteuer dient).

Eine Sonderregelung gilt natürlich für Geld, das zum Zweck industrieller Investitionen im Ausland benötigt wird. Dieser Vorgang fällt unter den industriellen Erstverbrauch, den ich in dieser Arbeit weitgehend unberücksichtigt lasse.

VII) Auswirkungen des Neuen Fiskalismus

1) Haben Eigentumsgesellschaften nach ihrer ursprünglichen Aufschwungsdynamik einen Zustand der Sättigung erreicht, sind soziale Gerechtigkeit und politische Stabilität in zunehmendem Maße bedroht. Stets wurde ein Anfangszustand relativer sozialer Gerechtigkeit von einer gespaltenen Gesellschaft abgelöst, in der sich Arm und Reich immer schroffer und unversöhnlicher gegenüberstehen und die politische Stabilität in Gefahr gerät. Der eigentliche Zweck des Neuen Fiskalismus liegt daher darin, eine Alternative zu diesem vorprogrammierten Niedergang aufzuzeigen. Es geht darum, soziale Gerechtigkeit und politische Stabilität innerhalb eines Systems zu gewährleisten, das dennoch die von Kreativität, Wissen und Können getragene Dynamik der Eigentumsgesellschaft aufrechterhält.

2) Das Anliegen der sozialen Gerechtigkeit lässt sich nicht ohne eine Grundsicherung erfüllen. Doch die muss richtig konzipiert sein, wenn sie nicht, statt Nutzen zu bewirken, den Schaden vergrößern soll. Die hier vorgeschlagene und oben im Einzelnen dargestellte Form der Grundsicherung geht von dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit aus, d.h. von einer Beteiligung aller an der Finanzierung einer solchen Sicherung nach Maßgabe ihrer finanziellen Kräfte. Doch Grundsicherung kann auch ganz anders aussehen.

Als warnendes Beispiel sollte da der Kapitalismus des römischen Kaiserreiches dienen. Eine immens reiche, nur aus wenigen ökonomisch wie politisch herrschenden Familien bestehende Schicht an der Spitze des Staates kaufte sich durch das Almosen der Grundsicherung (*panes et circenses*) de facto von allen weiteren Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwesen frei. Die Konzentration des Reichtums – der eigentliche Grund für die

immer erneut erfolgende Selbstzerstörung der sonst so erfolgreichen Eigentumsgesellschaft – konnte aufgrund der damit verfolgten bewussten Beschwichtigung stetige Fortschritte machen. Das Ergebnis war die Auflösung des Reichs im fünften Jahrhundert. Das war keine demokratische, sondern eine plutokratische Grundsicherung.

Wenn man bedenkt, dass nach Meinung von Herrn Götz Werner die Unternehmen nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens den Arbeitslohn um die Summe der staatlichen Sicherung vermindern, die Arbeitnehmer in seinen Betrieben bis zum Erreichen dieser Höhe also umsonst arbeiten sollen; wenn man zudem in Betracht zieht, dass er die progressive Einkommensteuer, unter der er als einer der reichsten Männer Deutschlands besonders zu leiden hat, durch eine entsprechend erhöhte Mehrwertsteuer ersetzen möchte, dann kann man sich kaum des Verdachts erwehren, dass diese Art von Grundsicherung zuallererst den Zweck verfolgt, den Reichtum zu schützen. Unter der Besteuerung des Konsums versteht Werner nämlich die Mehrwertsteuer, die gerade keine reine Verbrauchssteuer ist, sondern eine an der Leistung der Unternehmen bemessene Abgabe, die diese anschließend auf die Verbraucher abwälzen. Die Mehrwertsteuer ist antisozial, da sie Arme und Reiche steuerlich gleichbehandelt. Die Armen werden dadurch noch ärmer, die Reichen noch reicher. Sie ist zudem antiökologisch, da sie keine progressive Besteuerung des individuellen Verbrauchs ermöglicht. Nicht die oberen fünf Prozent, die in der Bundesrepublik über 40% des Volksvermögens verfügen, sollen – wenn es nach Werner geht – für das bedingungslose Grundeinkommen aufkommen, nein, die Abschaffung der progressiven Einkommenssteuer soll sie sogar gänzlich entlasten. Stattdessen sollen die Mehrwertsteuer zahlenden Massen (mit Ausnahme der Einkommenslosen) die eigentlichen Lastesel sein. Das wäre – ganz wie

in Rom – keine demokratische, sondern eine plutokratische Grundsicherung zur Ruhigstellung der Bevölkerungsmehrheit. Dass sich eine deutsche Partei, die dafür bekannt ist, die Interessen der Besserverdienenden zu bedienen, für die Wernersche Grundsicherung erwärmen konnte, zeigt dass ihre Vertreter deren Absicht und Folgen viel besser durchschauen als so manche blauäugigen Enthusiasten aus dem linken Lager.

3) In einer Zeit versiegender Rohstoffe und drohender Rohstoffkriege ist eine ökologische Lenkung der Wirtschaft von größter Bedeutung. Sie wird primär durch die Erstverbrauchsbesteuerung der Unternehmen erreicht, kann aber sekundär auch noch durch die Endverbrauchssteuer erfolgen - so wirksam, wie niemals zuvor.

Denn der Konsum des Endverbrauchs lässt in diesem System eine ökologische Indizierung zu. Es bleibt zwar bei dem Prinzip, dass bei 95% des Konsums durch die Endverbraucher der Zentralcomputer nur die Summe der gekauften Artikel kennt, nicht aber deren konkrete Natur. Aber sämtlichen Artikeln kann ein von den Unternehmen zu erstellender (und staatlich geprüfter) ökologischer Parameter beigefügt werden, der zugleich mit dem Verkaufspreis an den Zentralcomputer gesendet wird. Der Parameter mag zwischen null und hundert liegen. Null bedeutet, dass der gekaufte Gegenstand keinerlei ökologisch bedenkliche oder knappe Stoffe enthält, 100, dass er daraus zu hundert Prozent besteht. Die zu versteuernde Summe eines Artikels wird bei 100 um einen festzulegenden Faktor heraufgesetzt, bei null dagegen um einen bestimmten Faktor vermindert. Auf diese Weise wird es dem Endverbraucher ermöglicht, seinen Konsum bei gleichem Aufwand wesentlich zu erweitern, wenn er ökologisch bewusst einkauft. Andererseits hat er weit mehr Steuern zu zahlen, wenn er gegen die ökologische Vernunft verstößt.

Ein solches Verfahren wäre technisch problemlos durchzuführen. Im Extremfall würde es den Vorstellungen von Hans-Peter Aubauer (Professor für Physik und Umweltwissenschaft an der Universität Wien) entsprechen, der ausschließlich den Verbrauch an Ressourcen besteuern möchte (siehe Zeitschrift für Sozialökonomie, *Eine wirtschaftlich und sozial verträgliche Ressourcenwende*. Oktober 2011).

Aber ist eine Besteuerung sinnvoll, welche die in der Produktion enthaltene Arbeit ganz unversteuert lässt? Die progressive Endverbrauchssteuer soll den individuellen Konsum umso stärker belasten, je mehr der einzelne durch seinen Verbrauch der Allgemeinheit entzieht. Er entzieht ihr aber einerseits Ressourcen, andererseits Arbeit. Der Luxuskonsum der amerikanischen Superreichen bestand, wie Paul Krugman aus den 20er Jahren vor der Weltwirtschaftskrise berichtet, in Prachtvillen so groß wie Schlösser und einem entsprechenden Personalaufwand. Seit den 90er Jahren beobachtete er in den Vereinigten Staaten diese Entwicklung ein zweites Mal. Wieder umgeben sich die Superreichen mit Schwärmen von Dienstpersonal. Diese Situation ist allgemein kennzeichnend für Staaten der Dritten Welt.

Soll ein solcher Konsum an menschlicher Arbeit unversteuert bleiben? Das würde für die Superreichen den Anreiz vermehren, wiederum eine Dienstbotengesellschaft wie in der Dritten Welt zu fördern, denn dann zahlen sie keine Steuern. Sicher ist das kein wünschbares Ziel. Die Reichsten sollen für ihren Verbrauch an menschlicher Arbeitskraft genauso wie für ihren Verbrauch an Ressourcen zur Kasse gebeten werden.

Ähnliche Überlegungen gelten für Produkte, in welche die hoch bezahlte Arbeit von Ingenieuren, Softwarespezialisten, Physikern eingeht. Der Anteil an Ressourcen kann da in manchen Fällen vergleichsweise niedrig sein. Soll ein übermäßiger Konsum solcher auf kostspieligem Wissen beruhender Produkte dann

steuerfrei bleiben, obwohl doch etwas höchst Wertvolles der Allgemeinheit entzogen wird? Wie gesagt, das wäre technisch problemlos, aber ich halte ein solches Vorgehen für sozial ungerecht und daher für kontraproduktiv. Die Arbeit wird im neuen Steuersystem ja weit effektiver dadurch entlastet, dass alle Besteuerung von Leistung und Kreativität mit der Beseitigung von Einkommens- und Mehrwertsteuer grundsätzlich entfällt. Die Erstverbrauchssteuer auf knappe und ökologisch bedenkliche Ressourcen sorgt bereits dafür, dass die Unternehmen deren Einsatz so weit wie möglich beschränken und stattdessen möglichst viel Arbeit einsetzen. Die ökologische Indizierung aller an den Endverbraucher verkauften Produkte könnte ihrerseits noch einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

4) Grundsätzlich ist nicht zu rechtfertigen, dass der Staat jene mit Steuern belastet, die durch ihr Wissen und Können über den eigenen Wohlstand hinaus auch den der Allgemeinheit mehren. Daher ist es unsinnig und auch nur historisch zu begründen, dass der Staat das Geben (Kreativität und Leistung) belastet. Dagegen leuchtet es unmittelbar ein, dass er mit dieser Belastung beim Nehmen (dem Konsum) ansetzt, denn hier wird der Allgemeinheit etwas entzogen. Eine Verbrauchsbesteuerung belohnt Wissen, Können und Arbeit, aber auf dem Weg der progressiven Besteuerung errichtet sie Barrieren gegen einen übermäßigen Konsum, der die berechtigten Ansprüche aller übrigen Gesellschaftsteile beschneidet.

5) Das fiskalische Eingreifen des Staates wird im neuen Steuersystem radikal vereinfacht. Das bedeutet einen markanten Unterschied zum derzeitigen System, das nur noch für Experten durchschaubar und sozial so ungerecht ist, dass der Staat den Aufruhr der Bevölkerung riskiert, wäre er nicht bemüht, mit Hunderten

von Transferzahlungen an die wenig Begüterten die entstandenen Verwerfungen wenigstens annähernd abzumildern. Neben der Einkommens-, Körperschafts-, Mehrwert- und etwa dreißig weiteren Steuerarten kennt das derzeitige System zudem noch Hunderte von Ausnahme- und Sonderbestimmungen.

Die Berechnung der Endverbrauchssteuer und die Ausfertigung der Steuerbescheide durch den Zentralcomputer sind im neuen System von so großer Einfachheit, dass sie überhaupt automatisch erfolgen können. Die Verwaltung erspart sich einen gewaltigen Apparat und damit natürlich auch die dadurch entstandenen Kosten. Finanzbeamte werden nur noch für die Berechnung der unternehmerischen Erstverbrauchssteuer benötigt, aber auch hier in vergleichsweise bescheidener Zahl. Steuerberater, deren vorrangige Aufgabe heute darin besteht, die Abgaben Besserverdienender an den Staat möglichst zu reduzieren, werden nicht länger benötigt.

6) Da Unternehmen keine andere Steuer entrichten als die Erstverbrauchssteuer auf ökologisch knappe oder gefährliche Güter, während Lohnsteuern, Körperschaftsteuer, Mehrwertsteuer und eine Reihe anderer Steuern ganz entfallen, kommt es entweder zu einer starken Vergrößerung der Einkommen bei gleichbleibenden Produktpreisen oder alternativ zu einer durchschlagenden Verbiligung der Produktion bei gleichen Einkommen (nur der zweite Fall soll im Folgenden berücksichtigt werden). Arbeit und Leistung sind nach einer Übergangsphase endgültig von aller Steuerlast befreit. Das erhöht den Konsum, weil Produkte bedeutend billiger werden. Die Besteuerung des Konsums hebt diesen Vorteil keineswegs auf, weil die Bevölkerungsmehrheit durch die Reform gestärkt wird und mehr konsumiert. Die Wohlhabenden pflegen im Verhältnis zu ihren Einkommen und Vermögen ja nur relativ wenig zu konsumieren.

Der heimische Konsum im Inland wird auch dadurch gefördert, dass der Anreiz für Einkäufe im Ausland entfällt, da ja inländische Produkte nun um so vieles billiger sind. Das trifft jedenfalls so lange zu, wie das Ausland nicht seinerseits das gleiche Steuersystem übernimmt. Insgesamt wirkt die Endverbrauchssteuer bei gleichzeitiger Aufhebung aller bisherigen Steuern wie ein groß angelegtes Konjunkturprogramm, das der Wirtschaft einen mächtigen Aufschwung verleiht.

7) Einerseits erhöht sich die Nachfrage, sodass Unternehmen dazu angeregt werden, eine Fülle neuer Arbeitsplätze zu schaffen, andererseits entfallen administrative Hindernisse, die ihnen dieses Vorgehen bis dahin erschwerten. Die Berechnung der Steuern, wie sie jeder Betrieb im derzeitigen System durchführen muss, verursacht hohe Kosten, die im Neuen Fiskalismus entfallen.

8) Gegenüber dem Ausland fällt die Verbilligung der Produkte so stark ins Gewicht, dass sie den Export schlagartig vermehrt - jedenfalls solange das Ausland nicht seinerseits zur Besteuerung des Verbrauchs übergeht. Das wiederum wäre durchaus wünschenswert, weil es der transnationalen Konzentration der Vermögen entgegenwirkt.

9) Der Staat hat die Möglichkeit, den aktuellen ebenso wie den aufgeschobenen Konsum über die Progression zu steuern, und zwar kann er dies für beide gesondert tun, wodurch sich ihm die Möglichkeit öffnet, das Sparvolumen dem Investitionsbedarf durch fiskalische Maßnahmen anzupassen, bzw. vorhandene Ungleichgewichte abzubauen. So führt zum Beispiel eine höhere Belastung des aktuellen bei gleichzeitig verminderter Besteuerung des aufgeschobenen Konsums zu einer Erhöhung der Sparquote. Es steht mehr Geld für Investitionen zur Verfügung. Ein

Ausweichen des nicht aktuell konsumierten Geldes in den Finanzsektor ist im neuen System natürlich nicht möglich, weil alles im Banken- oder Börsensektor angelegte Geld eben von vornherein als aufgeschobener Konsum behandelt wird.

10) Ein weiterer substanzieller Vorteil betrifft die Aufhebung der Schattenwirtschaft, die es unter den Bedingungen des Neuen Fiskalismus schlechterdings nicht mehr geben kann. Schwarzarbeit lohnt sich nicht länger, da ihre Angebote nicht billiger sind als die eines Unternehmens. Jeder einzelne kann seine Arbeit zwar individuell gegenüber anderen Einzelpersonen anbieten, sofern er – zum Schutz des Konsumenten – ausreichend versichert ist. Versicherungen für solche Einzelanbieter aber sind dann natürlich um einiges teurer als für die Beschäftigten eines Unternehmens, das durch seinen Ruf für die Qualität seiner Arbeiten und Arbeiter bürgt. Somit stellt es für den einzelnen keinen Vorteil, sondern im Gegenteil einen merklichen Nachteil dar, außerhalb eines Betriebes zu arbeiten, umso mehr als alle Bezahlung auf elektronischem Weg erfolgt und daher notwendig registriert wird.

11) Das neue Steuersystem verschafft dem Staat mehr Steuern als vorher, obwohl es in oberflächlicher Sicht symmetrisch zum alten ist. Sehen wir von der Mehrwertsteuer einmal ab, so fällt die Symmetrie sofort ins Auge. Während die Besteuerung vorher Einkommen und Sachen (Rohstoffe, Grund und Boden etc.) betraf, so wird sie nun auf die Seite von Verbrauch und Sachen verlegt. Dadurch schnellen die Einkommen von Beschäftigten und Unternehmern in die Höhe oder es fallen – bei gleichbleibenden Einkommen – die Produktpreise in die Tiefe, weil Steuern und Sozialabgaben entfallen.

Nehmen wir jetzt die Mehrwertsteuer hinzu, so wird diese im neuen System nicht länger auf den Produktpreis aufgeschlagen,

sodass sich dieser – zusammen mit den zuvor besprochenen Verbilligungen – im Durchschnitt etwa um ein Drittel reduzieren dürfte. Um eben diesen Betrag muss bei gleichem Steueraufkommen der Konsum dann natürlich belastet werden. Das betrifft beide: die Erstverbrauchs- und die Endverbrauchssteuer.

Auf den ersten Blick scheint dies nicht mehr als eine Verlagerung der Steuererhebung zu sein. Doch der Eindruck der Äquivalenz ist irreführend. Einerseits entfallen für Betriebe und Staat gewaltige Kosten. Jeder einzelne Betrieb erspart sich die aufwändige Berechnung von Steuern (und Steuervermeidung), während der Staat auf all die Tausende von Finanzämtern verzichten kann, die er selbst noch in Kleinstädten unterhält, denn im neuen System erfolgt die Steuererhebung automatisch und nahezu kostenlos.

Doch das ist nur einer der Vorteile des neuen Systems. Staat und Gesellschaft sparen nicht nur, der Staat gewinnt noch eine bedeutende Steuersumme hinzu. Denn im alten System konnte sich gerade der wohlhabendste Teil der Bevölkerung der Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit in hohem Maße entziehen; dasselbe Manöver wurde vom weniger begüterten Teil im Bereich der Schattenwirtschaft geübt. In beiden Fällen gingen dem Staat jährlich Milliardenbeträge verloren. Im neuen System sind beide Lecks geschlossen.

12) Der Neue Fiskalismus wirkt auch gegen die Spekulation, denn der Erwerb von Gold oder anderen Rohstoffen (einschließlich Nahrungsgrundmitteln wie Weizen, Reis, Soja etc.) wird dem Endkonsum zugerechnet und daher progressiv besteuert. Das gilt allerdings nur, sofern die Rohstoffe nicht von Seiten verarbeitender Betriebe eingekauft werden, die dann eine Erstverbrauchssteuer entrichten. Auf diese Weise wird der volkswirtschaftlich schädlichen Spekulation (im Gegensatz zu volkswirt-

schaftlich nützlicher Vorratshaltung für Krisenfälle etc.) der Boden entzogen.

13) Er wirkt gegen die Konzentration von Vermögen in wenigen Händen. Alle übermäßige Anhäufung von Geld oder zinstragendem Eigentum wie Aktien, Bankguthaben, Mietshäusern usw. kann im Neuen Fiskalismus wirksam unterbunden werden. Nach seiner Einführung lässt die Endverbrauchssteuer auf den aufgeschobenen Konsum nicht länger zu, dass hohe und höchste Einkommen der übermäßigen Anhäufung von Vermögen dienen. Denn Einkommen können nur auf dreierlei Weise verwendet werden: Entweder dienen sie dem aktuellen oder dem aufgeschobenen Konsum oder sie werden auf einem Girokonto geparkt. Die progressive Besteuerung des aktuellen Konsums wird ab einer bestimmten Grenze, deren Festlegung demokratisch erfolgen sollte, so teuer, dass jemand, der etwa hundert Mal mehr verbraucht als dem Standardkonsum der Bevölkerungsmehrheit entspricht, mit einer Steuersumme belastet wird, die ein Mehrfaches seiner Konsumausgaben beträgt. Der übermäßige Konsum wird also genau so weit eingeschränkt, wie man ihn einschränken will, ohne dadurch die Bereitschaft zur Mehrleistung ernsthaft zu gefährden.

Was aber den aufgeschobenen Konsum betrifft, so werden alle dem Endverbraucher von Banken oder Börsen angebotenen Produkte (Aktien etc.) grundsätzlich genauso behandelt wie der Handel mit den Produkten anderer Unternehmen, d.h. der Zentralcomputer der Steuerbehörde wird über die Summe jeden Ankaufs zusammen mit der Identitätsnummer des Endkunden automatisch in Kenntnis gesetzt. Die Steuersumme kann der Computer beim aufgeschobenen Konsum natürlich nur mit maximal hundert Prozent ansetzen, also maximal genauso hoch wie den Zuwachs der Ersparnis (des Vermögens), wenn diese ein festgelegtes Vielfa-

ches der für Alter, Notfall und Krankheiten vorgesehenen (und unversteuerten) Standardersparnis erreicht. Denn je weiter sich die Ersparnis von diesem Standard entfernt, desto weniger dient sie der sozial erwünschten persönlichen Absicherung, umso mehr dagegen dem Erwerb leistungsloser Einkommen und Vermögen.

Anders gesagt, berechnet der Zentralcomputer keine Steuer auf solche Ersparnis, solange sie nicht über die Standardersparnis hinausreicht, also etwa der heutigen Belastung durch obligatorische Sozialabgaben, Kranken- und Arbeitslosenversicherung entspricht. Er trägt unter Umständen sogar mit einer Förderung zur Erreichung dieser Grenze bei, wenn die Einkommen zu gering sind. Dagegen belastet er die Ersparnis progressiv bei der Überschreitung dieser Grenze und erhebt schließlich bei einem festgelegten Vielfachen der Standardersparnis – wenn also die Vermögensobergrenze erreicht worden ist – hundert Prozent auf den Zuwachs.

Aufgrund entsprechender „Parkgebühren“ lohnt sich auch das volkswirtschaftlich schädliche Parken (Horten) von Geld nicht länger (siehe Addenda III).

14) Der Neue Fiskalismus ist ein sozial verträglicher und vergleichsweise harmloser Weg aus der Schuldenfalle. Ergänzt um die Forderung nach Einführung einer Obergrenze der Vermögen ist er zugleich ein Rezept gegen die Schuldenkrise. Dieser Aspekt ergibt sich aus der Behandlung der schon bestehenden Vermögen. Die bisher besprochenen Maßnahmen betreffen ausschließlich Einkommen und Vermögen nach Einführung der reinen Verbrauchsbesteuerung. Sie machen eine weitere Konzentration der Vermögen nach diesem Zeitpunkt unmöglich, aber ändern nichts an der schon bestehenden Konzentration. Wie ist mit den bestehenden Vermögen umzugehen?

Soweit diese für den Konsum genutzt werden, ergibt sich die Antwort von selbst. Es gelten die vorangehenden Bemerkungen. Im Augenblick einer solchen Verwendung unterliegen sie einer progressiven Besteuerung, die umso steiler ist, je weiter der Verbrauch sich vom Standardkonsum entfernt. Soweit sie aber nicht in den Konsum fließen, also weiterhin Ersparnisse sind, ist zu erwarten, dass ihre Besitzer sie, wie üblich, im Laufe der Zeit in andere ertragreichere Anlageformen umwandeln. In diesem Augenblick aber, d.h. bei jeder neuen Anlage, wird die Transaktion in der zuvor beschriebenen Weise der zentralen Steuerbehörde gemeldet. Viele der vorhandenen Vermögen überschreiten die maximale Ersparnis jedoch um ein Vielfaches, Milliardenvermögen sogar um Potenzen. Hier ist mit der hundertprozentigen Besteuerung des Zuwachses nichts auszurichten, weil die Ersparnisgrenze für den maximalen aufgeschobenen Konsum ja längst erreicht worden ist.

Die Reduktion dieses Ungleichgewichtes muss auf andere Art erfolgen, nämlich durch eine Reduktion der Vermögen über eine bestimmte Anzahl von Jahren. Sobald sich die Einsicht durchsetzt, dass alle Ersparnis natürlicher Personen, die über den maximalen Bedarf an aufgeschobenem Konsum hinausgeht, ein gefährliches soziales Übel ist, werden auch die Eliten diesem längst fälligen Schritt zustimmen. Ohne ihre freiwillige oder unfreiwillige Mitarbeit bei der Reduktion der Schulden, ist deren Tilgung unmöglich.

Nach Einführung einer Vermögensobergrenze sollte man allerdings zunächst behutsam verfahren, um bestehende Vermögen nicht gar zu schnell abzuschmelzen, denn es kann nicht im Sinne der Allgemeinheit sein, die Vermögenden gleich zu Anfang so sehr zu schröpfen, dass sie ihre Mitarbeit beim Übergang zu der längst fälligen Umstellung auf ein sozial gerechtes Verbrauchsteuersystem verweigern. Soweit die Vermögen nicht illegal

erworben wurden, gingen sie ja aus den geltenden Bedingungen des Systems hervor, im besten Fall stellten sie eine Belohnung der Tüchtigsten dar, für die man sie nicht nachträglich bestrafen darf. Es ist einzig die Gefahr der Selbstzerstörung der Eigentums-gesellschaft, welches solche Maßnahmen überhaupt zu rechtfertigen vermag.

Wie immer man vorgehen mag: Das Volumen der über der maximalen Grenze für den aufgeschobenen Konsum liegenden Ersparnis allein der oberen zehn Prozent natürlicher Personen ist so gewaltig, dass damit innerhalb von zwei Dekaden die Staatsschulden überall in Europa getilgt werden könnten. Die einzige Alternative zu diesem schmerzlosen Verfahren des Abbaus staatlicher Schulden – denn wer leidet ernsthaft darunter, dass ihm genommen wird, was selbst seinen Luxuskonsum nicht wesentlich einzuschränken vermag? – besteht langfristig allein in der Entwertung des Geldes. Die aber reißt immer ein ganzes Gemeinwesen in den Abgrund: nicht nur die Ärmsten, sondern auch die Eliten.

Dennoch wird der Vorschlag einer Vermögensobergrenze zu den umstrittensten der ganzen Reform gehören. Ich bedaure es daher, keine andere Alternative zu sehen. Damit die Staaten Europas aus der Schuldenfalle gelangen, müssen die Gläubiger Opfer bringen: Ihre gewaltigen Guthaben entsprechen exakt den privaten plus öffentlichen Schulden. Es führt kein anderer Weg an der Einsicht vorbei: Wer die Schulden abbauen will, muss die übergroßen Guthaben reduzieren. Aus der arbeitenden Bevölkerung ist nicht mehr herauszuquetschen.

Abschließend sei noch bemerkt, dass das Vermögen von Konzernen, also von Erstverbrauchern, einer gesonderten Behandlung unterliegt. Es lässt sich aber verhindern, dass es nur zur Steuer-ermeidung in Firmen geparkt wird, um de facto dann irgendwann dem aktuellen bzw. dem aufgeschobenen Konsum von

Endverbrauchern zu dienen. Hier ist jedoch nicht der Platz, die steuerliche Behandlung und Kontrolle des Erstverbrauchs zu erörtern.

VIII) Einwände

1) Die Deutschen sind nicht bereit auf Bargeld zu verzichten, der Übergang zu einem ausschließlich bargeldlosen Zahlungsverkehr ist daher nicht durchzusetzen.

Diese Behauptung scheint mir unbegründet. Die Wahl zwischen Bargeld und unbarem Zahlungsverkehr wird in der Praxis allein durch Nützlichkeitsabwägungen bestimmt. Wenn es für Konsumenten und Firmen bequemer oder gar profitabler ist, sich ganz auf elektronische Zahlung umzustellen, werden sie den Übergang augenblicklich vollziehen. Der Staat hat es seinerseits in der Hand, diesen Prozess durch entsprechende Anreize entweder zu verhindern oder umgekehrt wesentlich zu beschleunigen. Wenn er die Erstverbrauchssteuer für Betriebe sowie die Endverbrauchssteuer bei Konsumenten während einer Übergangsphase um einen prozentuellen Abschlag vermindert, sofern sie bargeldlos durchgeführt wird, stellt er einen wirksamen Anreiz her, um die Umstellung in kürzester Zeit herbeizuführen. Bei allen Barzahlungen, die über einem Bagatellbetrag liegen, muss der Kunde ohnehin seine Bankomat+Steuerkarte vorweisen. Barzahlung wird dann aber für alle Beteiligten aufwändiger, weil der Empfänger den Betrag händisch in die Tastatur des Kartenlesegerätes eingeben muss, damit dieses ihn dann, wie sonst auch üblich, an den Zentralcomputer weiterleitet. Der Abschlag bei elektronischer Zahlung ist schon deswegen gerechtfertigt, weil Barzahlung einen größeren Aufwand erfordert.

Sobald der Zahlungsverkehr zu 90 oder 95 Prozent elektronisch erfolgt, kann der Staat die Umstellung für die verbleibenden 5 oder 10 Prozent per Gesetz verfügen, weil damit zu rechnen ist, dass diese an barem Verkehr (im Inland) vor allem aus Motiven festhalten, die der Allgemeinheit zum Schaden gereichen: Die Verwendung von Bargeld bietet so bequeme Möglichkeiten der Steuerhinterziehung. Genau deswegen kommt der größte Protest ja nicht von unten, sondern von oben.

2) Das führt zu dem weiteren Einwand, dass auch das neue System gegen Steuerhinterziehung nicht gefeit sein werde. Gewiss nicht! Jeder, der das Gegenteil behauptet, unterliegt der Gefahr, die menschliche Intelligenz zu unterschätzen. Entscheidend ist aber, erstens, ob das Ziel größerer sozialer Gerechtigkeit erreicht wird und ob die Steuerhinterziehung leichter oder schwieriger wird. Hierzu lässt sich zweifelsfrei feststellen, dass sie durch das neue System wesentlich erschwert wird.

3) Der Neue Fiskalismus verwandele jeden von uns in einen gläsernen Konsumenten. Der moderne Staatsbürger fürchte aber nichts so sehr wie das Ausschnüffeln seiner Privatsphäre. Wird jeder einzelne Einkauf an den Zentralcomputer gemeldet, dann hätten wir es mit einer totalen Überwachung zu tun.

Dieser Einwand ist gleich aus mehreren Gründen zurückzuweisen. Zunächst einmal gehört eine wirkliche und zudem wirklich gefährliche Schnüffelei jetzt schon zur Realität unserer Alltagswelt. Das Kaufverhalten des durchschnittlichen Konsumenten wird von privater Seite zu privatem Vorteil rücksichtslos ausgespäht. Das geschieht vor allem über das Internet, aber auch direkt bei Supermärkten und Firmen, welche Rabattkarten ausgeben und diese dann dazu benützen, um über gezielte Werbung das Kaufverhalten der Kunden zu lenken. Inzwischen wird in

allen entwickelten Staaten das gesammelte Wissen über die gläsernen Konsumenten weltweit von Privatfirmen gesammelt und an andere Privatfirmen verkauft.

Dagegen ist der Zentralcomputer, der im Auftrag der Steuerbehörde den Steuersatz gemäß dem Endkonsum jedes Verbrauchers berechnet, per Gesetz bei 95 Prozent aller täglichen Einkäufe (also all jener, die im Gegensatz zu lang- oder dauerlebigen Gütern nur kurzlebige oder Bagatellgüter betreffen) ausschließlich berechtigt, den bloßen Kaufbetrag festzuhalten. Im Unterschied zum privaten Ausschnüffeln des Konsumverhaltens ist der Steuerbehörde also bei 95 Prozent aller Einkäufe nur der Umfang des Konsums bekannt. Die Steuerbehörde weiß deshalb im neuen System nicht mehr vom Bürger als sie heute schon von ihm weiß, wenn sie den Umfang des Einkommens bei der Bevölkerungsmehrheit ermittelt. In diesem Zusammenhang von einem gläsernen Konsumenten oder einer Beeinträchtigung des Datenschutzes zu reden, ist eine Irreführung.

Größer und berechtigter sind die Vorbehalte gegen den Einblick der Steuerbehörde in die Konten. Dazu siehe Addenda III.

4) Die reine Besteuerung des Verbrauchs lässt die Endverbrauchssteuer auf unerträgliche Werte in die Höhe schnellen. Diese Kritik wurde mir von dem deutschen Steuerexperten Lorenz Jarass entgegengehalten (persönliche Mitteilung). Der Einwand wurde zwar schon unter VII) Auswirkungen des Neuen Fiskalismus, Punkt 11 behandelt, aber ich möchte noch eine weitere Bemerkung anschließen.

Vergleicht man ein System: A) mit progressiver Besteuerung der Leistung (Einkommen) plus Besteuerung von Sachen (Mineralöl und andere Rohstoffe) mit einem Alternativsystem B, in dem der Endverbrauch progressiv besteuert wird und dem wiederum die Besteuerung der Sachen hinzugefügt wird, so ist offen-

kundig, dass sich beide im Hinblick auf das Gesamtaufkommen äquivalent gestalten lassen. Es ist also kein relevanter Einwand, dass die Konsumsteuer entsprechend hoch ausfällt, denn es wird nur die Seite der Besteuerung gewechselt, nicht ihr Gesamtbetrag.

Legt man Aufkommensneutralität zugrunde, sodass der Staat dasselbe Steueraufkommen wie vorher bezieht, und macht man andererseits zur Bedingung, dass die Bevölkerungsmehrheit auf keinen Fall stärker belastet werden darf als zuvor, so gewinnt man die beiden Eckpunkte für die Berechnung. Die Umstellung sollte dann so erfolgen, dass sich beim Standardverbrauch keine höhere Belastung ergibt.

Dieser Ansatz würde allerdings das Steuervolumen für den Standardverbrauch immer noch zu hoch ansetzen. Denn natürlich wird die Endverbrauchssteuer wesentlich dadurch entlastet, dass man ein größeres und mit der Zeit zunehmendes Gewicht auf die Besteuerung der Sachen legt. Bei mir entspricht dieser Forderung eine höhere Belastung des Erstverbrauchs der industriellen Verwerter. Genau diese Forderung wird aber auch von all jenen erhoben, die gegen die ökologischen Folgen des derzeitigen Steuersystems protestieren. Weg von der Besteuerung der Arbeit (Leistung) hin zur Besteuerung knapper Güter, hieß es bisher. Im neuen System heißt es dagegen: Reduktion der Besteuerung des Endverbrauchs zugunsten einer höheren Besteuerung knapper Güter!

Allerdings darf man die Endverbrauchssteuer auf keinen Fall mit der derzeitigen Mehrwertsteuer verwechseln. Diese ist ein unglücklicher Zwitter, der sowohl den Konsum des Endkonsumenten belastet (aber auf sozial schädliche, weil gerade für die Einkommensschwächsten besonders nachteilige Weise) wie auch die Unternehmensleistung, aber hier auf eine für die Leistung schädliche Art, da die Mehrwertsteuer keinen Unterschied zwischen effizienten und weniger effizienten Betrieben macht und

außerdem ökologisch unwirksam ist. Diese Steuer verdankt ihren Ursprung allein historischen Gründen, nämlich der Tatsache, dass es vor Aufkommen der elektronischen Zahlung eben für den Staat praktisch unmöglich war, den Verbrauch zu belasten, stattdessen musste er sich an die Betriebe halten.

5) Die Besteuerung von Einkommen und Verbrauch unterscheidet sich auf grundsätzliche Art. Bis zu einem gewissen Grade beruht Erstere immer auf Willkür. Einkommen unterliegen Vorurteilen wie dem Unterschied der Geschlechter und sind oft von Zufällen der persönlichen Biografie abhängig (Zeugnisse einer mehr oder weniger angesehenen Schule oder Universität). Solche Willkür erstreckt sich dann zwangsläufig auch auf die Besteuerung.

Der Konsum stellt dagegen einen objektiven Vergleichsmaßstab her, nämlich dem Zugriff einer Person auf die Menge der allen Bürgern zustehenden Güter. Konsum besteht aus Dingen, mit denen wir unser Leben gestalten. Einkommen dagegen sind bloße Zahlen, die inzwischen in die Millionen gehen, ohne dass sie noch einen inhaltlichen Bezug besitzen. Indem der Konsum in den Vordergrund rückt, werden Reichtum und Armut wieder greifbar. Mangel und Exzesse rücken viel stärker in den Mittelpunkt. Auch in dieser Hinsicht sind die beiden Systeme keineswegs äquivalent.

Vielleicht am wichtigsten ist ein abschließendes Argument für die Umstellung vom System der Einkommens- auf das der Konsumbesteuerung. Erst im Rahmen der letzteren leuchtet es unmittelbar ein, warum die Ersparnis von janusköpfiger Natur ist. Als aufgeschobener Konsum ist sie ein notwendiger Bestandteil der individuellen Fürsorge, ganz gleich, ob sich der einzelne für Notfälle und im Alter einen bescheidenen oder einen Luxuskonsum absichert. Als Ersparnis zur Erzielung von leistungsfreiem

Einkommen, das auf ökonomische und politische Macht abzielt und in Zahlen besteht, die dann jeden Konsum, und zwar auch den größten Luxus mühelos um Potenzen übertreffen, haben wir es dagegen mit genau jenem Grundübel der Eigentumsgesellschaft zu tun, das diese immer wieder aus der Bahn wirft. Wie in „Addenda IV“ gezeigt, kennt die bisherige Besteuerung der Vermögen keinen Unterschied zwischen einer Ersparnis als aufgeschobenen Konsum und einer Ersparnis, die der Bereicherung durch leistungslose Einkommen dient und dem Wohl der Gesellschaft schadet. Nur im Rahmen einer reinen Besteuerung des Verbrauchs ist eine solche Differenzierung ohne Schwierigkeiten durchzuführen.

IX) Das Umweltgeld – eine schlecht durchdachte Idee

Vorschläge in dieser Richtung gehen von dem Gedanken aus, das Steuersystem ganz von dem Bezug auf die einzelne Person abzulösen. Zweifellos könnte es auf diese Art noch stärker vereinfacht werden als das mit der hier vorgestellten Endverbrauchssteuer geschieht. Der Staat bemisst die Steuern nicht länger an der individuellen Belastbarkeit des einzelnen Bürgers, sondern ganz unabhängig davon. Das ist mit Hilfe eines „Umweltgelds“ möglich, das an jeden Bürger ausbezahlt wird, und zwar in einer Höhe, die sich entweder am durchschnittlichen Ökoverbrauch bemisst oder an einem niedrigeren Zielwert, den Staat und Gesellschaft erst noch erreichen möchten. Wer den Durchschnitt bzw. den Zielwert nicht überschreitet, bleibt demnach per Saldo unverteuert, da er die mit den konsumierten Gütern an den Staat zunächst

abgeführte Ökosteuer ja zur Gänze von diesem zurückerhält. Wer dagegen mit seinem Konsum über dem Durchschnitt oder dem Zielwert liegt, wird dafür zur Kasse gebeten.

Ein solches Steuersystem hat den Vorteil bestechender Einfachheit. Leider krankt es gleich an zwei kardinalen Fehlern, die es ganz unbrauchbar machen. Einerseits greift es zu kurz im Hinblick auf den Gegenstand der Besteuerung, andererseits im Hinblick auf deren Umfang.

Der Gegenstand der Besteuerung sind hier ausschließlich ökologisch nicht-erneuerbare, die Umwelt schädigende oder knappe Ressourcen. Nun ist die Sorge um die Natur allerdings kaum hundert Jahre alt, bis dahin hatten Gesellschaften weit mehr Grund, sich weniger um die Ausbeutung der Natur als um die des Menschen zu sorgen. Hier liegt denn auch der Pferdefuß dieses Vorschlags. Von Ökosteuern gedrückt, würde die Ausbeutung sich gleich wieder zurück zum Menschen verlagern. Wenn jemand sich eine gewaltige Dienerschaft hält, wird er dafür nicht zur Kasse gebeten. Ebenso wenig, wenn er die in den Produkten enthaltene Hightech-Arbeit in besonderem Umfang konsumiert. Eine solche Art der Besteuerung des Verbrauchs würde deren Gegenstand demnach auf unvertretbare Art einschränken.

Sie ist aber auch im Hinblick auf den Umfang der Besteuerung unbrauchbar. Angenommen, ein Konsument überschreitet den Verbrauch von ökoschädigenden Gütern um fünfzig Prozent und muss dafür entsprechend Steuern abführen. Für einige wird das eine große Last sein, für andere eine ganz kleine. Denn die Belastung durch diese Steuer hängt ja strikt von der Höhe der Einkommen ab. Nehmen wir an, dass eine Person A zwanzig Prozent ihres Einkommens dafür aufwenden muss, dann wird sie sich mit Hinblick auf eine Person B, die ein zehnfaches Einkommen bezieht, kaum gerecht behandelt fühlen. Denn diese Person würde im gleichen Fall nicht mehr als 2 Prozent ihres Einkommens an

Strafsteuern bezahlen. Sie wird sich vergleichsweise überhaupt nicht besteuert fühlen. Mit anderen Worten, diese Steuer gleicht der zu Recht als unsozial verurteilten Mehrwertsteuer, die ebenfalls keinen Personenbezug aufweist. Bestehende soziale Ungleichheiten werden durch ein solches Steuersystem zementiert.

Armut und Reichtum sind grundsätzlich personenbezogen. Ein Steuersystem, das die Auswüchse mildern will, kommt daher ohne einen solchen Bezug nicht aus.

Addenda I (versteuerte Güter und Personen)

Unterschiede im Hinblick auf die zu versteuernden Güter Die vorangehenden Ausführungen betreffen die Güter des täglichen Verbrauchs, also mehr als 95% aller Einkäufe. Werden Grund und Boden, Immobilien oder andere langlebige Güter durch Kauf oder in Mietverhältnissen erworben, so benötigt der Zentralcomputer nur hier, also bei einer relativ kleinen Zahl von lang- oder dauerlebigen Gütern, konkrete Angaben über die Natur der Anschaffung (schon heute weiß der Staat über solche Einkäufe weitgehend Bescheid, da sie sich oft von der Steuer absetzen lassen). Unterhalb einer Mindestgröße bleibt der Erwerb von Wohnraum oder Boden unversteuert, unterliegt einer Standardsteuer bei einer Standardgröße und Beschaffenheit, wird aber jenseits dieser Größe der progressiven Besteuerung unterworfen. Dasselbe gilt für langlebige Güter wie Autos, die in Mindestausführung unversteuert bleiben, darüber hinaus aber der progressiven Besteuerung unterliegen. Hier wird auch von einer gewissen Lebensdauer ausgegangen, bei deren Unterschreitung, also bei schnellerem Verbrauch, gilt keine Steuerbefreiung.

Damit bei kostspieligen Anschaffungen die Grenze des Standardkonsums (pro Monat oder Jahr) nicht zu schnell erreicht wird,

wird die Steuerbelastung verteilt - wie das ja auch heute der Fall ist. Wenn für ein Produkt etwa eine mittlere Lebensdauer von fünf Jahren angesetzt wird, dann wird die zu zahlende Steuer auf fünf Jahre (bzw. zwölf mal fünf Monate) verteilt.

Da Grund und Boden ebenso wie Wohnraum zu den besonders knappen Gütern gehören, werden auch jährliche Steuern erhoben, wobei auch hier bei Mindestumfang Steuerfreiheit gewährt wird, darüber hinaus tritt aber die Progression in Kraft. Andernfalls ist eine zunehmende Konzentration von Grund und Boden oder Immobilien in wenigen Händen nicht zu verhindern. Für das Anmieten von Wohnraum gilt dasselbe Prinzip von steuerfreiem Mindestbedarf und progressiver Besteuerung jenseits des Standards.

Für den Endverbrauch an notwendigen medizinischen Leistungen werden keine Steuern erhoben, ja, sie werden als unverzichtbare Ausgaben nicht einmal dem Endverbrauch zugerechnet. Wie die Steuerbehörde, die in diesem Fall auch eine Sozialbehörde ist bei fehlendem Einkommen vorgeht, ist schon beschrieben worden.

Um den Datenschutz zu gewährleisten, werden der Steuerbehörde genau wie bei kurzlebigen Gütern nur Summen mitgeteilt, also ohne nähere Angaben über die medizinische Leistung. Allerdings sollte man einen Unterschied bei kosmetischen und anderen medizinischen Eingriffen machen, die nicht der Erhaltung der Gesundheit dienen. Hier dürfen die Beträge nicht vom Endverbrauch abgesetzt werden, sie sollten vielmehr der progressiven Besteuerung unterliegen. Solche Beträge sind also von medizinischen Instituten mit einer bestimmten Kennzeichnung zu versehen (im Sinne des Datenschutzes können nähere Angaben aber wiederum fehlen).

Unterschiede zwischen Steuersubjekten (Endverbrauchern)

Bisher war nur von natürlichen Einzelpersonen die Rede. Bei Familien oder Lebensgemeinschaften erfolgt die Eingabe über Karten (oder Banküberweisungen) genauso wie bei Einzelpersonen, nur dass der Zentralcomputer deren Identitätsnummern zu einer Gruppe zusammenfasst.

Indem der Staat Minimum- und Standardkonsum anders definiert und die Progression der Endverbrauchssteuer für Familien (oder andere Lebensgemeinschaften) flacher ansetzt als für Einzelpersonen, kann er eine aktive Familienpolitik betreiben.

Addenda II (Erbschafts- und Vermögenssteuern)

Das älteste Mittel zur Verhinderung einer übermäßigen Konzentration der Vermögen ist die Erbschaftssteuer. Die Übertragung des Erbes an die eigene Nachkommenschaft ist ja nichts anderes als eine Fortsetzung der Privilegien der Geburt, welche jeder Gesellschaft als ungerecht erscheinen, wenn sie bestrebt ist, an ihre Stelle persönliches Verdienst und Fähigkeiten zu setzen. Theoretisch - aber eben nur in der Theorie - würde eine Gesellschaft sozial die gerechteste sein, wenn sie nicht nur auf einer Erbschaftssteuer besteht, sondern die Weitergabe des eigenen Vermögens grundsätzlich nur an Personen erlaubt, die zu dessen Verwaltung die besten - von der Gesellschaft beglaubigten - Fähigkeiten mitbringen.

Diese Forderung konnte bisher allerdings nie durchgesetzt werden, ohne dass die persönliche Initiative und damit der eigentliche Motor der sozialen Entwicklung schwer beschädigt wurden, denn es ist nun einmal so, dass der Mensch seine ganze Kraft mit der größten Bereitwilligkeit einsetzt, wenn er das für die ihm nächsten Menschen zu tun vermag (in der Regel also für seine

Kinder). Die Gesellschaft und ihr Wohl sind dagegen abstrakte Ideale - umso mehr je bevölkerungsreicher die erste ist. Aus diesem Grunde wird hier von einer Erbschaftssteuer ganz abgesehen, dagegen wird die persönliche Verfügung über das Vermögen in hohem Maße besteuert, wenn sie nicht mehr mit eigener Leistung verbunden ist.

Addenda III (Das Horten von Geld etc.)

Die Verwendung von Einkommen für den aktuellen und den aufgeschobenen Konsum erschöpft nicht die Möglichkeit der Verwendung eigenen Geldes. Zur Vermeidung von Steuern könnte sein Eigentümer es auch schlicht auf seinem Girokonto parken. Selbst wenn es dort kein leistungsloses Einkommen abwirft, weil die Zinsen gegenwärtig nahe bei null sind, wäre es doch dem Zugriff des Fiskus entzogen. In diesem Fall würde Geld möglicherweise in großem Umfang gehortet und damit dem Geldkreislauf entzogen werden, was sich wiederum negativ, nämlich deflationär, auf den Güterkreislauf auswirkt. So wie sich der Staat jetzt schon Einblick in die Konten seiner Bürger verschafft, um Geldwäsche zu verhindern, wird er diesen Einblick entweder der Steuerbehörde gewähren oder Geschäftsbanken dazu verpflichten müssen, dass sie bei Überschreitung eines maximalen Betrags auf dem Girokonto die Steuerbehörde unter Angabe der Identifikationsnummer von diesem Tatbestand informieren.

Damit alles Einkommen entweder im aktuellen Konsum verwendet wird oder auf dem Sparkonto für den aufgeschobenen Konsum erscheint, muss verhindert werden, dass der Steuerpflichtige es stattdessen auf seinem Girokonto hortet. Das lässt sich auf einfache Art dadurch erreichen, dass Geschäftsbanken verpflichtet werden, nur Beträge von, sagen wir, bis zu 10 000

Euro auf diesem Konto zuzulassen. Sobald es nach Monatsende einen höheren Stand aufweist, wird der Überhang automatisch auf das Sparkonto des Steuerpflichtigen weitergeleitet. Befinden sich also beispielsweise am Monatsende noch 23 000 Euro auf dem Girokonto, dann werden 13 000 sogleich auf das Sparkonto transferiert. Der Bevölkerungsmehrheit kann diese Maßnahme gleichgültig sein. Da die Ersparnis bis zu einer Standardpauschale des aufgeschobenen Konsums steuerfrei bleibt und bis zu einer Pauschale für den aufgeschobenen Mindestkonsum vom Staat sogar steuerlich begünstigt wird (etwa in der Art des Zinszuschusses wie im Bausparen), wäre es für die meisten Menschen schlicht ein Verlustgeschäft, ihr Geld auf einem zinslosen Girokonto zu parken.

Für die kleine Zahl jener, die sich aufgrund der Lehre von Silvio Gesell für eine Reform des Geldsystems interessieren, sei angemerkt, dass das Problem deflationär wirkenden Hortens – der Angelpunkt dieser Lehre – damit aus der Welt geschafft ist (Bargeld ist ja ohnehin nicht mehr im Umlauf).

Immer wird man auch damit rechnen müssen, dass eine kleine Zahl von Personen darauf spekuliert, im Alter und in Notfällen von der Allgemeinheit erhalten zu werden. Möglicherweise ist ihr Einkommen so gering ist, dass ihnen gar nichts anderes übrig bleibt, aber man muss auch mit der Möglichkeit rechnen, dass Personen, die durchaus über ausreichende Mittel verfügen, ihr gesamtes Geld dennoch ausschließlich für den aktuellen Konsum verwenden. In diesem Fall tritt eine obligatorische Vorsorge ein, wie der Staat sie für die Bevölkerungsmehrheit auch heute durchführt. Wenn der aktuelle Konsum über einer bestimmten Grenze liegt, aber der Betreffende selbst keine Vorsorge trifft, dann wird die Besteuerung des aktuellen Konsums automatisch heraufgesetzt. Der entsprechende Mehrertrag wird dann vom Staat investiert, also dem aufgeschobenen Konsum gutgeschrieben. Der

Staat betreibt die Vorsorge stellvertretend für den betreffenden Bürger.

Diese Alternative sollte als legale und sogar normale Möglichkeit in Betracht gezogen werden. Es ist dann kein Vergehen, wenn Bürger mit entsprechendem aktuellem Konsum auf die eigene Vorsorge verzichten und diese stattdessen dem Staat bzw. staatlichen Organisationen überlassen (wie heute bereits in der Sozialversicherung der Fall). Allerdings würde es eine unzulässige Einschränkung individueller Freiheit bedeuten, wäre ausschließlich diese Möglichkeit zugelassen. Es sollte dem Einzelnen überlassen bleiben, auch riskantere Formen der Anlage zu wählen. Der Staat würde auf jeden Fall die sicherste und damit die am wenigsten ertragreiche Form der Anlage wählen.

Zuletzt sei noch angemerkt, dass sich das Verhältnis zwischen Investitionsbedarf und Sparvolumen dauernd verschiebt. Es lässt sich in einer Marktwirtschaft nur teilweise über die Zinsen regeln. Höhere Zinsen sorgen zwar einigermaßen verlässlich für ein vermehrtes Sparangebot, aber niedrige Zinsen führen in der Regel zu Geldhortungen (und Deflationen) oder zur Ableitung in die Finanzwirtschaft. Beides wird durch die hier vorgeschlagenen Maßnahmen wirksam verhindert.

Der Staat verfügt im neuen System aber noch über ein weiteres Instrument, um aktuellen und aufgeschobenen Konsum ins Lot zu bringen. Er kann die jeweilige Progression unabhängig voneinander verändern und damit gezielt entweder das Sparvolumen (den aufgeschobenen Konsum) oder sein Gegenstück, den aktuellen Konsum, begünstigen.

Addenda IV (Unzulässige Begünstigung der Unternehmen?)

Eine reine Besteuerung des Verbrauchs läuft für den Endkonsumenten wie für die Unternehmen darauf hinaus, dass beide nur noch im Hinblick darauf besteuert werden, was sie an Gütern und Dienstleistungen der Verfügung anderer entziehen, dagegen wird niemand für seine Leistung und den daraus hervorgehenden Ertrag zur Kasse gebeten. Einkommenssteuern ebenso wie die Besteuerung aller sonstigen Arten des Ertrags gehören damit der Vergangenheit an. Unternehmen entrichten Steuern für die von ihnen benötigten Rohstoffe, auch für das von ihnen beanspruchte Gelände und Immobilien (Erstverbrauchssteuer), aber nicht für ihren Ertrag, denn damit leisten sie einen zentralen Beitrag für das Wohl jeder Gesellschaft: Sie produzieren Güter und Wohlstand. Während sie für die benötigten Rohstoffe hohe Steuern entrichten und der Fortschritt damit in ökologisch verträgliche Bahnen gelenkt wird, kaufen sie Maschinen und andere Ausrüstungsgegenstände steuerfrei ein. Die in dieser Ausrüstung verwerteten Rohstoffe wurden ja bereits bei den Anbietern von der Steuer erfasst und die dabei aufgewendete Arbeit ist ohnehin steuerfrei. Anders gesagt, gehören Wertschöpfungs-, also Mehrwert- oder Umsatz-, ebenso wie Körperschaftssteuern oder solche auf den Gewinn der Vergangenheit an. Werden damit die Unternehmen nicht auf unverantwortliche Weise entlastet?

In einer Zeit, wo einige Großunternehmen mehr Geld anhäufen als kleinere Staaten in ihrem Budget ausweisen, muss ein solcher Vorschlag zunächst einmal berechtigtes Misstrauen erregen. Wird dadurch nicht das Programm des Neoliberalismus auf die Spitze getrieben, der ja von vornherein darauf aus war, die Unternehmen möglichst von allen Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit zu befreien?

Das ist richtig. Wenn man die Sache falsch, also ohne die neue Vermögenssteuer anfassend würde, wird das Übel ohne Zweifel vergrößert. Geht man dagegen richtig vor, dann stärkt man den produktiven Apparat und baut im Gegenteil die bestehenden Ungleichgewichte ab! Um dies deutlich zu erkennen, müssen wir den Begriff des aufgeschobenen Konsums noch einmal näher betrachten. Grundsätzlich ist es richtig, alle Ersparnisse und damit alles für den aktuellen Konsum nicht benötigte Einkommen und Vermögen einer natürlichen Person als aufgeschobenen Konsum zu betrachten und diesen dann jenseits eines Maximums abzuschöpfen, um den Missbrauch von persönlichem Eigentum als Machtinstrument zu verhindern. Hiervon betroffen sind Bank einlagen, Aktienpakete und andere Wertpapiere, die sich aufgrund von Zinsen, Dividenden und Spekulation von selbst, genauer gesagt, durch die Arbeit anderer vermehren. Aber ebenso betroffen sollte auch die übermäßige private Bereicherung aufgrund eigener Arbeit sein. Die neue Vermögenssteuer läuft auf die Verwirklichung der Prophezeiungen des Managementgurus Peter Drucker hinaus. Drucker verlangte, dass alle Bürger zu Aktionären werden, d.h. zu Teilhabern am gesamten produktiven Apparat.

Im Hinblick auf Aktiengesellschaften ist die von Drucker geforderte Teilhabe leicht zu verwirklichen. Sie besteht in einer Streuung des Eigentums durch das fiskalische Vorgehen des Staats. Aber es gibt viele produktive Anlagen, die unmittelbar dem Einsatz und der Verwirklichung persönlicher Leistung dienen, so dass hier eine Streuung des Eigentums nicht in Frage kommt. Solche Vermögen können unter Umständen sehr bedeutend sein, z.B. wenn eine Handelskette wie der dm-Markt von ihrem Eigentümer (Götz Werner) auf erfolgreiche Weise aufgebaut und erweitert wurde. Wenn dies zusätzlich noch auf eine sozial verantwortliche Weise geschieht, dann ist damit dem Interesse

und der Wohlfahrt der Allgemeinheit auf eminente Weise gedient. Einen solchen Erfolg durch Besteuerung (ausgenommen die ökologische Erstverbrauchssteuer) zu bestrafen, wie das heute geschieht, ist in hohem Maße kontraproduktiv, da der Staat dadurch gerade die erfolgreichsten Unternehmen besonders schröpft. Zwar wäre es sicher sinnvoll, eine maximale Betriebsgröße vorzuschreiben, ab der ein Eigentümer seinen Betrieb aufteilen und die Leitung des abzugebenden Teils in andere Hände legen sollte. Das wäre dann eine Ergänzung zum heutigen Wettbewerbsrecht, das der Verhinderung von Monopolen dient. Für Finanzdienstleister (Banken) wird eine solche Größenbeschränkung ohnehin diskutiert, aber sie ist sicher auch für produktive Betriebe in Erwägung zu ziehen.

Doch sollte man nicht vergessen, dass persönlich geführte Betriebe in Deutschland nicht nur für den Großteil der Arbeitsplätze aufkommen, sondern auch den heißen Kern der Innovation ausmachen. Staat und Allgemeinheit können den größten Schaden anrichten, wenn sie hier auf falsche Weise verfahren. Auch in China sind es diese persönlich geführten Unternehmen, die dem Land nach dem Ende des Mao-Feudalismus über Nacht zu einem so außerordentlichen Aufschwung verholfen haben. Andererseits demonstriert China der ganzen Welt, wie aus einer verordneten Gleichheit im Maokittel auf einmal eine der ungleichsten Gesellschaften entsteht. Wie Pilze schießen die neuen Milliardäre dort aus dem Boden. In Deutschland ist die Entstehung der großen Vermögen nicht anders verlaufen. Man braucht nur die Liste der hundert reichsten Deutschen durchzugehen, um dies auf Anhieb zu erkennen.

Damit stoßen wir auf das eigentliche Problem. Es betrifft die Verfügung über das Eigentum. Heute gilt es als selbstverständlich, den Staatshaushalt und das persönliche Einkommen von Politikern auf strenge Weise zu trennen. Nur in Diktaturen dient die

Staatskasse zugleich als persönlicher Geldsäckel. Aktiengesellschaften führen genau diese Trennung durch: Der Vorstand und die Beschäftigten verwenden das ihnen von den Aktionären zur Verfügung gestellte Geldkapital ausschließlich in deren Auftrag. Sie dürfen es nicht zu ihrer persönlichen Bereicherung gebrauchen. Das gleiche Prinzip sollte für persönlich geführte Unternehmen gelten. In der Vergangenheit war das auch bis zu einem gewissen Grade der Fall. Während der großen Zeit des deutschen Wirtschaftsaufschwungs gegen Ende des 19. Jahrhunderts und dann wieder in den ersten drei Jahrzehnten nach Ende des zweiten Weltkriegs hat dieses Prinzip sehr wohl gegolten, wenn auch ohne institutionelle Verankerung. Nicht wenige der großen Industriepioniere führten persönlich ein geradezu asketisches Leben, sie hatten sich ganz und gar dem Erfolg ihrer Unternehmen verschrieben. Diese Haltung hat Max Weber als den Geist des Protestantismus und der innerweltlichen Askese beschrieben und darin den Ursprung des modernen Kapitalismus erblickt. Also kommt es darauf an, einen Unterschied zwischen dem persönlichen Einkommen des seinen Betrieb leitenden Unternehmers und dem Vermögen zu machen, das der Betrieb für ihn repräsentiert. Beide müssen rechtlich anders behandelt werden. Ist diese Voraussetzung erfüllt, dann richtet die Befreiung des Unternehmens von allen Steuern mit Ausnahme des Erstverbrauchs keinerlei Schaden an, sondern führt im Gegenteil zu einer allgemeinen Belebung der wirtschaftlichen Aktivität.

Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Man erreicht es dadurch, dass die Steuerbehörde im Gegenzug dafür, dass sie auf alle Steuern außer dem Erstverbrauch verzichtet, Einblick in die finanzielle Situation der Unternehmen erhält. Sie weiß also über die Jahressumme sowohl der Profite wie der Investitionen und der eingekauften Rohstoffe Bescheid. Der Eigentümer bezahlt nun mit seinem persönlichen Einkommen seinen privaten aktuellen ebenso

wie seinen privaten aufgeschobenen Konsum und wird dafür wie jeder andere Bürger besteuert. Aber das Vermögen, das der Betrieb repräsentiert, steht außerhalb der auf seine Person bezogenen Ersparnis. Es wird dem aufgeschobenen Konsum nicht hinzugerechnet, weil es dieser Kategorie auch gar nicht zugehört.

Diese Trennung zwischen privatem Einkommen und dem Vermögen, das der Betrieb für ihn bildet, ist aber nur unter der einen Bedingung möglich, dass sein Eigentümer darüber nur eine begrenzte Verfügung besitzt. Er darf und soll damit alles machen, was dem Erfolg des Betriebes und den darin beschäftigten Menschen dient. Er kann also, ganz wie bisher, den Betrieb vergrößern, erweitern, diversifizieren und damit zu Ansehen und unter Umständen sogar zu politischem Einfluss gelangen. Er kann ihn auch verschenken oder vererben – ohne dass dabei eine Steuer anfallen sollte, denn es kann nicht im Sinne der Allgemeinheit sein, eine gewachsene Produktionsstätte durch hohe Belastung zu gefährden.

Doch sobald der Eigentümer seinen Betrieb verkauft, zerschneidet er das Band der persönlichen Leistung, welche die Verfügung über ein unter Umständen gewaltiges Vermögen bis dahin gerechtfertigt hatte. Mit anderen Worten, der Verkaufserlös verwandelt sich augenblicklich in einen persönlichen aufgeschobenen Konsum und wird von der neuen Vermögenssteuer erfasst. Die Mittel, die der Staat auf diese Art einnimmt, überschreiten alles, was er bis dahin durch Vermögens-, Erbschafts- oder Schenkungssteuern einnehmen konnte. Sie machen diese Steuern (im betrieblichen Bereich) schlicht überflüssig, und trotzdem ist für größere Chancengleichheit gesorgt, weil der Fortfall aller Steuern auf Arbeit und Leistung Betriebsgründungen so viel einfacher macht.

Eine solche Lösung für das Problem der Vermögenskonzentration sollte man nicht mit dem Vorgehen eines an Marx ausge-

richteten Sozialismus verwechseln. Dieser will die Betriebe verstaatlichen, führt dadurch in den Feudalismus zurück und lähmt auf diese Art die private Initiative. Davon ist hier keine Rede. Alle Unternehmen bleiben in privatem Besitz, gleichgültig ob sie einem einzelnen oder als Aktiengesellschaften einer Vielzahl von Eigentümern gehören. Eingeschränkt wird nur die Verfügung über das vom Unternehmen repräsentierte Vermögen und damit die Möglichkeit zur persönlichen Bereicherung. Es ist nicht zu befürchten, dass die Bereitschaft zur Leistung dadurch gedämpft wird, denn die Chancen zur Entfaltung persönlicher Fähigkeiten und damit auch der Ausübung von Macht – ein Motiv, das oft so viel stärker wirkt als alle materielle Belohnung – bleiben ganz ungeschmälert. Mit einer solchen Lösung trifft es dann wirklich zu, dass die großen Vermögen nur noch „virtuellen Charakter“ haben (eine Formulierung von Götz Werner).

Addenda V (Vom Zentralcomputer oder von Geschäftsbanken kontrolliert?)

Das neue Steuersystem bräuchte, sofern es der Steuerbehörde Einblick in sämtliche Konten gewährt, nicht weiterzugehen als ohnehin schon der Fall. Der gegenwärtige Einblick von Staat und Steuerbehörde in die Lohnzettel der Unternehmen, der für diese administrativ überaus aufwändig ist und dementsprechend hohe Kosten verursacht, entfällt zur Gänze. Die Steuerbehörde verschafft sich einen Einblick ausschließlich in die Konten von Bürgern, die staatliche Hilfe brauchen. Doch auch in diesem Fall kennt der Zentralcomputer lediglich die Identifikationsnummer des Betroffenen. Wenn die Behörde ihre Steuerbescheide ausschickt, dann steht umgekehrt der Name des Steuerpflichtigen in der Adresse, aber natürlich nicht die betreffende Nummer.

Doch, wie gesagt, kann auf eine solche Offenlegung gegenüber der Steuerbehörde auch durchaus verzichtet werden. Den Geschäftsbanken sind, da sie das Geld ihrer Kunden verwalten, natürlich sämtliche Kontostände auf Giro- und Sparguthaben zu jeder Zeit bekannt. Sie könnten daher im Auftrag der Steuerbehörde Besteuerungsmaßnahmen oder staatliche Zuschüsse mit der gleichen Routine durchführen, wie sie heute etwa für die Berechnung der Zinsen ganz automatisch erfolgt. Alle Vorgänge, die ich der Einfachheit halber im Hinblick auf den Zentralcomputer der Steuerbehörde beschrieben haben, können daher im Prinzip genauso von Geschäftsbanken übernommen werden, die dann für den vermehrten administrativen Aufwand entsprechend entschädigt werden. Auf ähnliche Weise haben etwa Versicherungen die Abrechnung der Kfz-Steuern übernommen. Der Staat muss dann allein darüber wachen, dass keine Verschleierungen von Seiten privater Banken erfolgt.

++++++ENGLISH++++++

Preface

A special remark should be placed at the outset: As a printed work, this book owes its creation to the vanity of its author. Before others take it up and pass it off as their intellectual property, this draft of a pure, ecologically fine-tuned consumption tax, which was already outlined as a rough sketch in the last chapter of my book on prosperity and poverty (Metropolis-Verlag, Sept. 2010), is to be presented here once again, in its essential features that distinguish it from all earlier proposals.

I am deliberately talking about an almost perfect tax system because every system, if it were really perfect, would make itself suspicious, even inapplicable. Politics and the state - in concrete terms, every party in power or wrestling for it - attach great importance to accommodating their clientele with special election gifts. A tax system that would limit this influence or even reduce it to zero would therefore have to meet with the greatest mistrust, even if nobody would openly admit the fact. On the contrary, all objections will still be made in the name of the greatest possible ecological and fiscal justice.

The system proposed here allows a degree of exact social targeting and objectivity, which would certainly be a thorn in the side not only of political parties but of the rich and powerful at large. And, last but not least, also in the side of tax consultants, because in the new system they are simply no longer needed. But tax consultants will certainly know how to defend themselves.

While truck drivers will have to endure impotently being replaced by digital machines, tax consultants belong to the influential circles in every country. The author would probably have to fear for his life if the tax system he proposes were actually introduced.

And there is one more stumbling block. Pure taxation of consumption only works well on the condition that all cash in circulation is replaced by electronic money - which, as we know, is already happening in Scandinavian countries.

What a storm of indignation such a proposal would trigger in Germany, both from the left and the right! It is objected that the state would then be able to spy into the wallet of every citizen. What an unbelievable intrusion into our personal freedom!

But those protests of indignation tend to deliberately overlook a truism, well known to everybody. Most dependent employees are totally supervised by the state anyway. They have virtually no chance of escaping current tax pressure because their incomes are known to the tax office in all details. Only the rich (and, of course, the majority of the powerful) would have to be afraid if they were suddenly put on an equal footing with the majority.

The outcry against the abolition of cash is staged in the service of profit (and often illegal profit); but brains tend to be clouded by propaganda to such an extent that even the dependent majority believe that they cannot exist without cash. More valid seems to be the objection that it will only take a blackout of the supply of electrical energy to dissolve all money instantly into nothing. But this objection applies to the entire economy. It would collapse completely if the supply were to be interrupted for a longer period.

Of course, the idea of a pure consumption tax is not as such revolutionary. On the contrary, it had already been conceived by prominent thinkers like John Stuart Mill. And more recently there have been concrete proposals on how it could be implemented. Consumption is known to be income minus savings. So, it is this

difference that could be made the object of taxation. But the simple formula has a catch. It can only be successfully applied to small people, because the rich and powerful can hide both the amount of their income and their savings. Only the tax system presented here bypasses this cliff - that is why it is - almost - perfect.

It is, nevertheless, to be expected that it will be rejected as unacceptable by many for the several reasons already mentioned. These critics should be aware, however, that any consistent taxation of consumption instead of labor must necessarily lead to a system like the one here proposed. We cannot, on the one hand, repeatedly insist on the demand for taxation of consumption and, on the other hand, reject a system that alone is capable of implementing it.

Nor should one blame the author for intentions he definitely does not harbor. It is true: Some parts of the following pages read like the theoretical constructions of a left-wing idealist. But the dichotomy of left and right proves to be deceptive, because the author is a committed defender of private ownership society as well as of individual performance and initiative. He considers the social market economy to be the best of all economic systems invented up to the present day. At the same time, however, he is clearly aware that this system suffers from a congenital defect that regularly breaks it down: the increasing concentration of wealth. Walter Scheidel, US economic historian, has shown that in the history of mankind such increase of private wealth within a few hands could in a peaceful way at best be slowed down, but has never been stopped. Invariably, this only happened through (civil) war and destruction. Unfortunately, this sad diagnosis also applies to the redistribution in the welfare states of Europe. The latter takes place essentially among the lower ninety percent but affects the richest ten percent at best marginally. In other words,

all attempts to halt concentration by distributing more money to the least favored segment of society have not lasting effect. The only way to effectively stop it by peaceful means is to draw an upper limit for the acquisition of wealth.

The reader should bear in mind the elementary threat to private ownership society posed by the concentration of wealth if he criticizes the author of this book for giving so much importance to a new tax upon wealth. Should we not look for a peaceful alternative to war and destruction?

Let me conclude this preface by paying a tribute to a renowned German tax expert. Experts usually consider it beneath their professional dignity to burden their minds with the thoughts of outsiders, let alone to answer their letters or e-mails. Especially in Germany, professional conceit accompanied by academic cronyism are a prevailing rule. I am all the more grateful to Prof. Jarass for his considerate comments.

It was, nevertheless, inevitable that I had to finally disappoint Prof. Jarass. He asked me to give precise figures on what a change from the current tax system to the one I proposed would mean in concrete terms. This is indeed a logical and necessary requirement before any new system may be implemented. Personally, however, I was satisfied with presenting an outline of my idea itself while clarifying its technical requirements. In fact, I lack the prerequisites to become a full-fledged tax expert, and, unfortunately, I lack the necessary vocational drive as well. I replied that, for purely logical reasons, it should be possible for any state to obtain (*ceteris paribus*) the same amount of money by taxing consumption than when he taxes income. I am still sticking to that conviction.

New Fiscalism - a pure consumption tax

Any good tax system represents a compromise between two opposing objectives: on the one hand, the demand of the public for social justice and environmental sustainability, and on the other hand, the desire to encourage every citizen to make full use of his or her energies for the common good.

The quality of a tax system is measured by how many people are needed to protect or to outsmart it. In a perfect system, neither financial officials nor tax consultants would be needed.

In addition, New Fiscalism should open perspectives for an ecologically oriented state that resists the excessive concentration of income and wealth and creates prosperity for all. This is an abstract summarizing and enlarging the main theses in the last chapter of *Wohlstand und Armut*, Metropolis, September 2010 (Wealth and Poverty).

I) Basic principles:

The Principle of New Fiscalism: Instead of burdening those who increase general welfare by giving their work, talents etc. to the public, government will exclusively tax what is taken from it through industrial and individual consumption.

II) What is new in New Fiscalism?

Not, of course, the principle itself. This is so obvious that it had already been advocated in mid-19th century by nobody less than John Stuart Mill. Quite new, however, is its practical application

based on technological means which had not been available up to quite recently - indeed they have become so only during the last twenty years. It is true, that consumption may be calculated – although in a very imperfect way – as the difference between income and savings. But doing so we would gain nothing in social justice as the highest incomes tend to remain stubbornly in the dark.

The technical breakthrough

concerns on the one hand Electronic Reading Devices for registering individual consumption and on the other hand a Central Tax Computer located within the tax administration office. The central tax computer is not a *Deus ex Machina*, but simply a synonym for all digitally automated transactions. In Germany with its population of 80 million such routine operations assume gigantic dimensions. However, the Central Tax Computer is nothing more than a mindless machine – as mindless as the operations that it replaces. It is therefore of crucial significance, how this machine is planned and programmed in view of a well devised taxation system and general welfare.

Apart from this basic technical innovation the taxing of deferred consumption is a second main pillar of New Fiscalism. All personal savings, that is all financial means not used in current consumption, shall be treated as deferred or postponed consumption. These savings are legitimate in so far as they fulfill the needs of later consumption (and investment related to later consumption), but they shall be considered illegitimate in so far as their only purpose is social prestige and power.

Finally, the fact that taxation and social security may be handled by one and the same authority is tantamount to an extraordinary administrative simplification.

III) Drafting a pure consumption tax

There will be no more than two kinds of taxes in New Fiscalism - which means that all other taxes: VAT (sales tax), income tax etc. are abolished):

a) producer-consumption tax

to be laid on all products needed and processed by producers. It is chiefly aimed at serving ecological purposes. This tax will not be discussed in the present work as its use and purpose are obvious. At present, government taxes mineral resources because they are either scarce or ecologically harmful. He will have to proceed in a similar manner with all other resources used by private companies for the purpose of production.

b) direct final-consumer tax

on actual as well as on deferred consumption. It constitutes the very essence of New Fiscalism and represents its key innovation. For the sake of simplicity, I will confine myself here to the explanation of the final-consumer tax in an economy where all payments are non-cash transactions (in 2010, this was true for roughly 42% (in value terms) of all German purchases). Cash money will only be needed for payments abroad as foreign countries cannot, of course, be forced to adopt the new system.

c) Direct final-consumer tax on current consumption

Technical preconditions: Each purchase by a final consumer (as mentioned before, I do not refer to purchases by companies since these are covered by the producer-consumption tax) proceeds by means of a debit+tax card similar to today's debit or credit cards, except that the debited sum is not made known only to the purchaser's bank but simultaneously also to the tax authority's Central Tax Computer. The same happens if the purchase is carried through by way of bank transfer. The Central Tax Computer thus notes each individual purchase together with the identity number of the respective consumer. However, the tax authority (that is, the Central Tax Computer) is normally (the norm covering more than 95% of purchases) not interested in or will even be barred by law from recording the specific nature of items acquired; only amounts paid are being recorded. Thus, all amounts paid electronically either at home or abroad, are automatically transmitted to the Central Tax Computer, which then automatically calculates the sum total for a given period of time (let's say one week or one month).

As already largely the case today, all sales outlets like supermarkets etc. are equipped with reading appliances for the above-mentioned credit+debit cards. These, however, are now endowed with an additional function since they forward all debited amounts to banks as well as to the Central Tax Computer.

As for the Central Tax Bureau itself, it need not consist of more than the central computer just mentioned (at least in so far as it only deals with levying and calculating the final-consumer tax).

IV) Calculating the final consumer tax

Let us now turn to how the Central Tax Computer deals with the incoming information. Supposed that the total of all purchases of an individual X within a certain period of time (for instance, a month) lies beneath the minimum living standard for that period, the computer will not issue a tax bill. If, however, the sum in question amounts to the average consumption, the tax bill sent to the individual in question will amount to a standard average tax bill. However, all individual consumption beyond this average level will be progressively taxed so that – according to the steepness of progression – somebody who consumes ten times more than the average may well have to pay twenty times more in tax duties. Progression itself should be determined democratically.

While all consumption below a minimum will, thus, not be taxed at all, it becomes progressively more expensive when exceeding the average. Beyond a certain level, private luxury consumption with its impact on scarce or ecologically relevant resources is made to entail substantial sacrifices for the public benefit. This is exactly what the new tax wants to achieve.

Current consumption includes goods of daily use such as food, furniture, etc. as well as durable goods like washing machines, cars, etc., and finally, imperishable goods such as real estate and land. In addition, there must be special arrangements for consumption when individuals are unemployed, in need of medical service or when they are old. Finally, consumers also differ as to their status as single individuals or as members of families. Such particulars do not affect the principle of final-consumer taxation, but they require special treatment (see Addenda I).

a) Direct final-consumer tax on deferred consumption

In view of its concept and its content „deferred consumption“ represents a mainstay of New Fiscalism. It replaces the concept of saving. In economic science, savings rightly occupy a dominant role, as they fulfill a dual function. They serve to protect the citizens and they are, at the same time, the source of public and private investment. What generally tends to be overlooked is the fact that apart from their positive function savings fulfill an additional role and a very negative one indeed: they are the main cause for the self-destruction of private ownership societies. Only in part do they serve the legitimate purpose of deferred consumption, often their superior and dangerous second function is to enrich some individuals beyond all socially acceptable limits. Not consumption but personal prestige resulting in economic and political power becomes their real and primary purpose. This power has made sovereign states more and more subservient to the concentrated might of private national and international creditors. But the legitimate function of personal prestige and power is restricted to representation within the framework of democratic institutions (parliaments, trade unions, companies). They are totally unacceptable outside of these and, indeed, neither justified by economic science nor by political theory. In our days they are, however, the main reason for an ever-increasing concentration of excessive personal wealth in a limited number of hands. This accumulation of wealth regularly endangers and eventually destroys the social balance of capitalist society. If private ownership societies want to dispel the specter of self-destruction, they will only tolerate and encourage savings so far as these represent deferred consumption. Taxation must therefore be redesigned in

view of preventing savings which merely serve the purpose of unlimited personal power.

As a matter of principle, deferred consumption is handled in the same way as its counterpart, current consumption. Citizens deposit parts of their income on a bank account or they acquire stocks or bonds in order to secure their well-being in times of old age, disease, or emergencies. Such individual provision is in the public interest and should therefore be encouraged by government. It is the prerequisite for investments in the productive sector, as it provides the necessary financial means in the form of loans or equity.

Parts of the population will, however, not be able to make any savings at all. In this case there is no deferred consumption and consequently no tax. Taxation begins at the point where personal savings go beyond a maximum limit for postponed consumption and only serve as a means for the acquisition of economic, political, and social power.

What does this mean when it comes to practical application? Let us consider the case of a chief executive who at the same time is the company owner. As long as he manages the company, he fulfills a legitimate function however big the company and its assets. Should he transfer the latter to another managing hand (as for instance to his children), the tax authority should not intervene as it would only prey on social achievement (creativity). See Addenda II.

At the moment, however, when the owner sells his company, there is an immediate and dramatic change in his relationship to the latter and its assets. These do no longer serve the common welfare as they did when they were managed for the purpose of the company and its employees. Their only purpose is now to enrich a specific individual who no longer offers any services in return. He acquires wealth as an illegitimate instrument of per-

sonal power. In other words, the amount at his personal disposal should be strictly limited to the requirements of postponed consumption. Like everybody else he should, of course, make provisions for disease, old age, unemployment etc.

The state should be generous when allowing for such provisions. In addition to personally used(!) property (real estate and personal car) which at a minimum level will not be taxed at all (but beyond that level will be subject to progressive taxation), the tax authority could fix the maximum consumption for single persons at 200 000 Euro per year extending over a maximum period of ten years. This would correspond to the average life expectancy of retirees. Even generous consumption would in this case not be clipped by the state. Taxation would only apply to all savings beyond that level, that is savings as a means of illegitimate personal prestige and power. The maximum personal wealth would then be limited to about two million Euro. In other words, when selling his company, it is this amount which counts as deferred consumption and will not be taxed away.

Progressive tax on deferred consumption is a property tax meant to prevent the accumulation of personal wealth beyond a socially acceptable maximum. It is the direct outcome of a basic insight: Legitimate and socially valuable savings should serve the purpose of deferred consumption but not the purpose of providing a source of unearned income thus widening the gap between the rich and the poor. The concentration of wealth in the hands of the few – this scourge of property-based society throughout its recorded history – will then no longer be possible. However, savings for the purpose of investment will be available in even greater quantity, as they are now distributed more evenly throughout the population. They will even be subsidized by government for those with a very low income.

Let me add, that deferred consumption is technically as easily controlled by the Central Tax Computer as when people actually consume. Provided that all domestic payments be made electronically, deposits to bank accounts or the purchase of shares, etc. will be recorded without exception. It does not matter at what age a citizen may reach or exceed the maximum limit of deferred consumption. This can be the case at the age of 20 or at the age of 60. But most people will, of course, never reach this limit anyway, so that in their case the new wealth tax will not come into force.

Taxing deferred consumption is the prelude to a most welcome change. The economy receives a boost, as all productive forces are now free from taxation apart from those on limited resources (producer-consumption tax). At the same time, we prescribe the best medicine against unemployment ever invented. As for the state, the new tax on actual and postponed consumption gives it a chance to substantially reduce his debt. Don't forget that – to mention but one example – German debt (sovereign as well as entrepreneurial) amounts to six trillion Euro or three times the German GDP with German sovereign debt alone adding up to 80% of GDP, that is somewhat less than 2 trillion Euro. Approximately half of the credit side of this debt (3 trillion Euro) is held by the upper 10% of Germans. It should be remembered that overall debt can only be reduced by diminishing overall credit.

More detailed regulations will have to apply to deferred consumption in order to prevent abuse like parking one's assets on a current account (Addenda III). In addition, I already emphasized that the assets embodied in a business personally managed by its owner should not be considered deferred consumption. They are and remain business assets. It cannot be in the interest of the public to tax such property away or even to diminish it by way of taxation (exceptions see under Addenda IV).

b) Three tax models

Economies benefit when they replace the taxation of performance with that of consumption. Work and creativity are valorized if no longer punished by taxes. Furthermore, not every society needs a wealth tax. This applies, for example, to a state at the beginning of industrial development, if - as was the case for China under Mao - the social starting point is an overall material equality. Under such conditions, the prospect of achieving personal wealth through personal performance may give an extraordinary boost to the economy because people feel so much stimulated. Since the time of Deng Xiao Ping and his call to get rich, this motivation has led to an explosive growth of the Chinese economy.

However, such an initial stage of rapid economic growth differs markedly from the economic saturation of early industrialized Western states, which have long since passed the ecologically acceptable threshold of quantitative growth.

Another point of view concerns social benefits provided by the state to those in need.

I differentiate between three different models of taxation.

First: the simplest model leads to the introduction of a producer consumption tax for companies and a progressive final consumption tax on current consumption. Tax collection is radically simplified and made much cheaper resulting in an overall economic boost. The existing distribution of wealth will not be changed.

Second: Model two builds on the first, except that it also automatically records and allocates social benefits by the state (see below: the central tax office as welfare bureau). Administrative costs will be even more reduced.

Third model: States that threaten to fail and even become undemocratic because of an increasingly unequal distribution of wealth, not only tax current consumption but the deferred one as well (which means that they tax the big savings). Together with models one and two, they introduce the taxation of wealth as described above.

V) The central tax office as welfare bureau

In the old tax system, the state is perfectly informed about the financial situation of most of its citizens as the income of all employed persons are known to him up to the last penny. In other words, the average citizen is perfectly "transparent". Only the top ten percent enjoy the privilege of disguising or even completely concealing income and assets.

Now, the new system is so designed as to put an end to this injustice by letting government be informed about the consumption of all citizens including, of course, that of the upper ten percent. And there would be no hidden accounts although the tax office would gain no insight into the sources of incomes, that is where and how these were acquired (investigations into criminal activities excluded). To a large degree this situation is already realized at the present. To prevent money laundering, accounts are no longer tolerated if their owners cannot be determined.

Granting the Central Tax Computer access to the accounts of citizens, who require help by the state, would represent the most elegant solution but by no means a necessary one. Alternatively, the same effect may be achieved if only commercial banks exercise a legitimate access to personal accounts, that is, if the present state of things remains unchanged (Addenda V).

A disclosure of all private accounts to the tax authority and thus to the government would perhaps not be politically feasible nor even desirable. In the following, I shall, however, present the simple solution, because it is easier to describe and to understand. When the Central Tax Computer causes a welfare payment to be made to some person because his or her current consumption has fallen below a critical level, I will say that it does so only after checking the accounts related to this person. But in fact, the commercial bank could do so instead of the Central Tax Authority.

Government may then provide effective assistance during unemployment, need and in emergency situations. Indeed, a basic administrative simplification will be possible as taxation and social support are now managed by a single authority. In principle, they may be performed by a single computer and – this is what really counts – in a much fairer and more comprehensive way than today.

a) Basic income: a part of the system

Introduction:

In principle, every citizen could receive a basic income, even an unconditionally granted one, as propagated by Mr. Götz Werner in Germany. The assumption that the willingness to work would suffer as a result is not proven and does not until then constitute a serious counterargument. However, the unconditional basic income paid to every citizen only makes sense if there is great inequality, and only if it is financed by the high-income strata. In a society with largely equal income levels and a largely equal distribution of wealth, it would immediately lose its purpose. Everyone would then pay it off to everybody with his or her own work. People would receive with their left hand what they gave

with the right. They would quickly conclude that an unconditional basic income should only be granted to those in need. In other words, they would arrive exactly where they are today.

This consideration is easy to understand. Just as important as the idea of basic provision is therefore the question of who pays for it and how it is collected. Financing the basic provision with VAT, which is not a real consumption tax at all, can only be seen as a fraud maneuver, because it is the socially weakest who are primarily asked to pay for it.

Procedure of the Central Tax Authority

Let's see how this could be achieved in a relatively simple way. The very moment the consumption level of a citizen falls below the minimum and the Central Tax Authority has made sure that his account is empty, the debit+tax card will automatically be unlocked by the Central Tax Computer so that the person in question may make his or her purchases up to the standard level. At the same time, the Central Tax Computer transfers the necessary amount of public money to the person's account.

However, this procedure will not be maintained indefinitely. It lasts for a certain time, that is as long as the person in question needs help or at most up to a year or two, in order to compensate for unemployment or any other sudden lack of income. Equivalent to the amount that the public thus provides to persons in need, it charges their long-term savings. If such savings are not available, future tax on average consumption will be raised (up to the limit of minimum consumption) so that the means forwarded by the public will be refunded within a certain number of years. No one is, therefore, induced to rely on public help except in cases of genuine need. It is no longer possible that someone holds bank accounts or stocks, but still asks the government for help.

Parasitic behavior

In the new system no clear-cut difference will be made between support in case of unemployment and basic welfare payments. Both conform to the average consumption level. But things are different if the Central Tax Computer notes that the person in question never made any provisions for old age. In this case it is reasonable to suspect that this person speculated from the beginning on help from the public. This would give him an undue advantage with regard to all those who do care for themselves by regular savings. Even in this case, rich societies would still provide for the living minimum but for nothing more. Standard consumption would be reduced to this minimum after one or two years. But there should be further measures to discourage socially parasitic behavior. These measures may, for instance, consist in the following provisions. The Central Tax Computer may switch the debit+tax card in such a way that it allows free purchases only for specific outlets like public kitchens and shops for used and cheap goods, as they exist today in almost every city.

I am well aware that all restrictions concerning the poorest in our society elicit highly emotional protests from the part of ideologically motivated philanthropists. If you want to be popular you better take the side of men like Götz Werner who preach a guaranteed minimum income for all and everybody regardless of needs. But then you must accept the consequences as well. Millionaires who opt for these gifts will burden everybody else except themselves with the necessary expenses. For their part they will not only remain unscathed but even benefit as income tax will be removed. This is a way to help millionaires not the poor.

On the other hand, it must be acknowledged that parasitism – life at the expense of others – is found both at the top of society and at its bottom (moonlighting). If we want to prevent further concentration of wealth at the top, we must be prepared to prevent

parasitic behavior at the bottom as well. In view of the real misery of involuntary poverty in many countries of the South, the solution proposed here as a remedy against social misuse must be seen as rather harmless.

VI) Tax evasion

Given the technical conditions of the new system, tax evasion by simply buying abroad constitutes no longer an attractive alternative. All payments abroad either proceed by way of the aforementioned debit+tax cards and then conform to the same rules as mentioned before, or they are made in cash because foreign countries cannot be forced to accept electronic payment. Now, since all domestic payments are made electronically, cash must be obtained at the frontier or in any domestic bank. There the required amounts are handed to the recipient with a request to state the approximate number of days for which the money will be required. This information is forwarded to the central computer together with the customers identity number. The Central Tax Computer then calculates the consumption tax to be paid for that time and amount and automatically subtracts it from the person's bank account. If the latter does not hold the required sum, the required cash amount will not be delivered. This is a rather simple device meant to prevent capital flight.

It should further be noted that purchases made abroad will hardly offer any advantage. Since taxes on labor (income tax) and mixed taxes like VAT have been abolished, domestic products will be much cheaper than those of other countries – at least until the latter too introduce the new system. Consumption of domestic goods is thereby significantly promoted (but only insofar as it

does not get into conflict with ecological objectives as pursued by the producer-consumption tax).

Special rules do, of course, apply to cash as needed for the purpose of industrial investment in foreign countries. This is a topic to be dealt with under “producer-consumption” not dealt with in this book.

VII) The impact of New Fiscalism

1) Once private ownership societies have exhausted their potential of initial growth, they tend to get into a state of saturation, after which social justice and political stability are increasingly threatened. While in their initial stages they tend to establish a state of relative social justice, in later development they are regularly transformed into societies where the divide between rich and poor gets constantly deeper until political stability itself is at risk. The real purpose of New Fiscalism is, therefore, to identify and establish an alternative to this pre-programmed decline. The point is to ensure social justice and political stability within a system that still maintains the dynamics of private ownership without succumbing to its concentration in a few hands.

2) The goal of social justice cannot be reached without a guaranteed basic income. But that must be properly designed or else it produces more harm than benefits. The basic income as here proposed and described, relies on the principle of social justice. All members of society make contributions in accordance with their financial strength. However, basic income can take quite different shapes.

The Roman Empire still serves as an example of how things should not be done. An immensely rich minority at the top of so-

ciety consisting of only a few economically and politically dominant families distributed alms and public entertainment (panes and circenses) among the jobless masses in order to buy itself out of any further obligations. The concentration of wealth – the real cause for the regular occurrence of self-destruction in otherwise successful capitalism – could proceed unhampered as it went hand in hand with a policy of deliberate appeasement. As we know, this finally led to the dissolution of the Empire in the fifth century. The Roman masses got their guaranteed basic income, but this was anything but a democratic gift - it was a poison administered by a plutocracy of overwhelming economic as well as political might with the intent of quelling all possible resistance.

This brings us back to the special version of basic income advocated by Mr. Götz Werner. Considering the fact that employees of his companies would be paid only the difference between their regular income and the guaranteed basic income – which would allow Mr. Werner to substantially reduce his business costs -, considering furthermore that he would get rid of progressive income tax – a substantial burden for men in his income bracket – we are certainly not very far off the mark if we suspect him of simply designing a stratagem for the protection of wealthy capitalists. For when Mr. Werner advocates consumption tax as a means for paying for his generous gifts, he wrongly identifies the latter with the current VAT (Value-added-tax). This, however, is by no means a true tax on consumption (since it takes the volume of sales or entrepreneurial achievement as its measuring rod). Furthermore, VAT is a socially very unjust instrument as it treats rich and poor in the same manner. The poor will become even poorer, the rich get still richer. Putting Mr. Werner's proposals into actual practice, would indeed free the top five percent now in possession of 40% of national wealth in the German Federal Republic from all obligations. While making no contribution at

all to the guaranteed basic income, they would instead get rid of what still remains of their progressive income taxation. The burden would be shouldered by others, most of all by the middle class.

Just like in imperial Rome this would not lead to a democratic but to a plutocratic basic income with the psychological goal of appeasing the otherwise revolting masses. Let us be realistic, the fact that a German party, widely known as serving the interests of the better-off, is gradually warming up to Werner's ideas, may serve as a warning that some right-wingers understand the true intent and consequences of Mr. Werner's proposals much better than the blue-eyed enthusiasts from the Left.

3) In an epoch of dwindling resources and impending wars fought for them, ecological control by means of taxation becomes an imperative. Such control is primarily achieved by the producer-consumption tax which directly concerns the use of ecologically important goods. But it may additionally be brought about by a judicially administrated final-consumer tax more efficiently than ever before.

This goal can be achieved by providing all articles of consumption with an ecological index. It remains, of course, true that regarding 95% of consumer consumption, the Central Tax Computer only knows the sum in money of the articles purchased, but not their concrete nature. But an ecological parameter obligatorily provided by producers (and controlled by the state) for all articles produced could be sent to the Central Tax Computer together with their selling price. The parameter may cover a range between zero and one hundred. Zero means that the purchased item does not contain any ecologically harmful or scarce substances; 100 means that it consists entirely of such substances. The taxable sum of an article is increased in the case of 100, while

it is reduced by a certain factor in the case of zero. In this way, the end consumer may significantly widen his consumption if he purchases in an ecologically conscious way. On the other hand, he must pay more in taxes if he disregards ecology.

Such a procedure could be carried out without any technical difficulties. When carried to extremes, it would correspond to the ideas of Hans-Peter Aubauer (Professor of Physics and Environmental Science at the University of Vienna), who would like to tax exclusively the consumption of resources (see *Zeitschrift für Sozialökonomie, Eine wirtschaftlich und sozial verträgliche Ressourcenwende*). October 2011).

But does it make sense to levy a tax that leaves the work contained in production completely untaxed? The progressive final consumption tax is meant to burden individual consumption in proportion to what it withdraws from the consumption of all other citizens. But consumption comprises resources as well as work. As reported by Paul Krugman for the 1920s before the onset of global depression, the luxury consumption of the American super-rich consisted of magnificent villas as big as castles and the corresponding personnel. Since the 1990s, Krugman says, such glaring wealth can again be observed. This time too, the super-rich surround themselves with swarms of service personnel. As we all know, this situation is generally characteristic of Third World countries.

Should such a consumption of human labor remain untaxed? This would increase the incentive for the super-rich to promote a servant society as in the Third World, because then they would not pay taxes. Surely this is not a desirable goal. The richest should be asked to pay for their consumption of human labor as well as for their consumption of resources.

Similar considerations apply to products that incorporate the highly paid work of engineers, software specialists and physicists.

Here, the share of resources can be comparatively low. Should an excessive consumption of such products based on costly knowledge then remain tax-free, even though something of great value is taken away from the public? As said before, this would be technically quite easy, but I hold such an approach to be socially unfair and therefore counterproductive. In the new tax system, labor will be relieved much more effectively by the fact that all taxation of services and creativity will in principle be abolished as income tax and VAT do no longer exist. The producer consumption tax on scarce and ecologically critical resources will ensure that companies limit their use as much as possible and instead use as much work as possible. The ecological indexing of all products sold to the end consumer could in turn make a significant contribution.

4) Up to now government chiefly charged those who by their knowledge and skills not only attend to their private interests but contribute to the general welfare. This is unreasonable and can only be justified on historical terms. However, it is immediately evident that government acts in an enlightened way when it taxes what people take from the available sum total of goods and services, that is when the government taxes consumption. Consumption tax protects and rewards knowledge, skills, and work, but through progressive taxation it erects protective barriers against an excessive demand that would unduly diminish the legitimate claims of all other members of society.

5) On the basis of the new tax system here advocated, fiscal intervention by government becomes extremely simple thus offering a striking contrast to the current system, which lacks total transparency even to the professional eye. In addition to taxes on income, on corporations and added value, Germany relies on

about thirty other kinds of taxes, not to speak of hundreds of exemptions and special provisions. Furthermore, the current taxation system is socially so unfair as to risk popular revolt unless government invents hundreds of transfer payments or other means in order to compensate for the many distortions produced by unjust taxation. These remedial actions in turn contribute to the overall complexity of the system.

On the other hand, the calculation of final-consumer tax and the issue of tax assessments by the Central Tax Computer is of such simplicity as to be carried out in a fully automatized manner. Thus, the government's tax department gets rid of a huge and costly apparatus. Financial officers will still be required for the calculation of producer-consumption tax, but in relatively modest numbers. Tax consultants whose primary task is to reduce the tax charges of the privileged, will no longer be needed.

6) Companies now pay no other taxes than the producer-consumption tax (mainly on environmentally scarce or dangerous goods) while all other taxes in current use like payroll tax, corporate tax, VAT, etc. are completely abolished. In other words, personal achievement as expressed in income and work is free from all taxation. This means that production becomes substantially cheaper. And this advantage is by no means totally offset by the tax burden now transferred to consumption. The two systems are by no means equivalent because it is the majority that profits from cheaper production. We may, indeed, expect the level of average - ecologically harmless - consumption to be conspicuously raised. For this reason, we may confidently assert that the introduction of pure consumption taxes operates in the same way as a very efficient economic stimulus package.

7) On the one hand, demand is now substantially increased, so that companies feel encouraged to create and offer new jobs, on the other hand, all those administrative obstacles, which up to now stand in the way of such a development, are removed. The calculation of payroll, corporate and other taxes used to swallow up much time and to cause substantial costs within each company. All this has no more place in New Fiscalism.

8) The reduction of costs within each company makes labor and its products so much cheaper that this gives domestic export a large winning margin in foreign markets. However, this will only be true, so long as foreign countries do not switch to the same system. If they do, this outcome too is beneficial as it is through the new system that further concentration of wealth will be prevented on an international scale.

9) Government now is in control of current as well as of deferred consumption which it may stimulate or dampen by adjusting tax progression. And it may do so separately for each of the two, which means that the volume of savings and hence the volume of investment may be fine-tuned according to macroeconomic needs. If, for example, a higher burden is placed on current consumption while, at the same time, the tax on deferred consumption is diminished, the result will be a higher saving rate so that there is more money available for investment. As there can be no drifting of money into the financial sector – we have seen that all such movements are recorded under the title of deferred consumption – we need not worry about evasion.

10) Another substantial advantage of New Fiscalism concerns the scrapping of what is called the shadow economy. Undeclared work can no longer be offered at a better price. As work is no

longer taxed, there is no advantage in working outside companies. Of course, there need be no law prohibiting that any individual offers his or her work to any other person. This is quite legitimate so long as he or she does so under adequate insurance that protects potential customers from poor or dangerous performance. But insurance will, of course, be more expensive for single providers than for regular employees whose quality of work is guaranteed by company. Under the new system working outside companies therefore makes no sense to the individuals concerned, all the more as all payment is made electronically and is therefore necessarily recorded.

11) New Fiscalism substantially increases the total tax volume of government though at first glance it may seem that the new and the old system are strictly symmetrical. Leaving VAT for the time being apart, we now get a progressive taxation of consumption while previously we had a progressive taxation of work (income). As a result, the income of workers and entrepreneurs will immediately shoot up or – with incomes being unchanged – product prices will be much lower because they are now free from the burden of income tax and social security deductions.

Let us now consider VAT as part of the picture. In the new system it will no longer be added to product prices. Together with the previous reduction the total rebate on prices will, therefore, amount to approximately one-third. By the same amount we must, of course, now raise consumption tax, that is the tax on producer and final consumers, only then will public revenue remain the same as before.

The impression of equivalence is, nevertheless, misleading. What we actually do is much more than just shifting a burden that was previously placed on work (income) to the opposite end of consumption. For we must not forget that companies as well as

government now incur substantially lower costs. While individual companies remain untroubled by an expensive calculation of taxes, government can do without all those thousands of tax offices which it presently has to maintain even in distant provincial towns. The new system does away with all these expenditures. Tax collection is automatic and virtually free.

However, government and society do not only save a lot of money, government even adds substantially more tax money to its purse than before. In the old system it had suffered substantial tax evasion from the wealthiest as well as the lower segments of population. The former successfully managed to escape from their obligations to the community, while the latter had created a second or informal economy for just the same purpose. In both cases, the loss in public revenue amounted to billions of dollars. In the new system both leaks are closed. It is socially even-handed with regard to both the lower and the upper spheres of society.

12) New Fiscalism directly acts against speculation. The acquisition of gold or other commodities (including basic food products such as wheat, rice, soybeans, etc.) is treated like final consumption and therefore taxed progressively. Of course, this only applies to commodities bought by end-consumers. Companies when using these products, only pay the producer-consumption tax. In this way, economically harmful speculation (as opposed to its economically useful counterpart which consists in the storage of goods for emergencies, etc.) should gradually become a thing of the past.

13) The new system efficiently prevents further concentration of wealth in a few hands. After its introduction, the final consumer tax on deferred consumption makes all excessive accumulation

of money or interest-bearing property like shares, bank accounts, rental houses, etc. very difficult indeed.

Income can only be used in three alternative ways: it either serves the purpose of current or of deferred consumption, or it may be parked on a checking account. Above a certain limit of actual consumption – a limit to be democratically defined – progressive taxation becomes so expensive as to become an efficient deterrent against waste. Any citizen consuming about a hundred times more than the standard level finds himself burdened with a tax that will exceed the amount of consumption itself. But excessive consumption is compressed just so far as we want to compress it without thereby jeopardizing the psychological drive for achievement.

As for deferred consumption, all products offered by banks or stock markets to the end consumer are treated in just the same manner as other products, i.e. the Central Tax Computer is automatically informed about the amount of each purchase, together with the buyer's identity number. In the case of deferred consumption, the payable tax amount can, of course, only reach the upper limit of 100%. All further incremental growth of savings (or assets) is then channeled from the individual to the community. This happens when such savings or assets reach a certain multiple of what is considered the tax-free standard level of savings. For in this case savings do not longer contribute to the socially relevant purpose of serving the needs of retirement, disease, emergencies, and unemployment. The more they exceed the standard, the less they serve their legitimate goal. Instead they are meant to procure personal income without personal achievement.

In other words, the central computer raises no taxes on such savings as roughly correspond to the current amount of compulsory social security, health, and unemployment provision. He rather compensates with negative tax those whose incomes are too

small to provide for such savings. However, he progressively charges all savings beyond the tax-free average and even raises taxes to 100% as soon as they attain a certain multiple of average savings.

For the third alternative of parking one's money on a checking account, see Addenda III. Because of appropriate „parking fees“ for the sake of evading progressive taxation, it represents no viable option.

14) New fiscalism is a socially acceptable and relatively harmless way out of debt. In fact, it is nothing less than a recipe for overcoming the debt crisis. This aspect results from the handling of existing savings. Up to now I only dealt with actions relating to income and wealth after the introduction of pure consumption tax. They effectively prevent a further concentration of wealth, but they do not change unequal distribution in so far as it already exists. How do we deal with the latter?

The answer is evident for all wealth transformed into actual consumption. It then becomes subject to progressive taxation, which is all the steeper the more consumption is removed from the standard. In so far, however, as existing assets remain savings, they will at some time be transformed into more profitable or simply different types of assets. At that very moment the central Tax Authority will be automatically informed. Those savings which largely exceed a certain maximum multiple of standard savings, will be substantially reduced. That is the excess will be channeled from the individual to the community.

However, such reduction of accumulated assets should proceed in a socially acceptable way so as not to provoke a revolt of the rich and the super-rich. As they know that explosive social unrest could harm them in a much more substantial way, they may be ready to make sacrifices. But these should be distributed

over a few years. Social revolt and revolution are more dangerous to the established order and to its elites than such a gradual reduction of savings. Once it becomes common knowledge that personal savings exceeding the upper limit for deferred consumption, must be considered as a frightening social evil, the elites will hopefully agree to such action.

The new system should, however, be introduced with caution so as not to reduce existing assets too quickly. This can be done in such a way that taxation instead of reducing assets from one year to the next, proceeds in larger five-year-steps during a transitional period of 20 to 30 years. Such an approach is preferable because it cannot be in the interest of the public to victimize the wealthy and thus to take the risk of their refusing all cooperation. Certainly, nobody can be blamed for his wealth so far as the latter has been acquired in a legal way. Acquired wealth testifies to its owner's ability to make an optimal use of opportunities offered him under present conditions. On no account would wanton expropriation be justified. A progressive tax on deferred consumption owes its justification exclusively to our knowledge that all societies based on private ownership tend to self-destruction if they fail in peacefully averting a more and more dangerous concentration of wealth.

Whatever our procedure, we will attain a very important result. The mass of savings exceeding the maximum for deferred consumption represents a staggering amount. Within two decades national debt all over Europe could be almost entirely offset. Mind you, the accumulated savings in the hands of the upper ten percent are roughly equal to the debt burden of the lower 90 percent. Indeed, they are nothing else than its logical counterpart. The alternative to this painless method of debt reduction – painless because nobody suffers any serious harm when he is deprived of assets which represent a multiple of even the highest luxury

consumption – is nothing else than inflation. And inflation is dangerous indeed. It easily pulls a whole community into the abyss – not only the poorest, but also the elites themselves.

Nevertheless, I expect this proposal to be the most controversial of the whole reform. I regret that I am unable to see any alternative. In order to drag the countries of Europe out of the quagmire of their debts, creditors must be willing to make substantial sacrifices. There is no denying this basic insight: Whoever wants to reduce debt, must be willing to do away with oversized savings for these correspond exactly to private plus public debt.

VIII) Objections

1) People are not prepared to give up cash, the transition to a system of exclusively non-cash payments is, therefore, an unrealistic option.

I consider this objection to be unfounded. In actual practice, the choice between cash and cashless payments is determined primarily by utilitarian considerations. If electronic payments turn out to be more convenient or even more profitable for consumers and companies, they will easily and without hesitation adopt the new system. As for government, it may offer incentives with the aim of either stimulating or preventing such a transition. If it reduces consumption taxes by a certain amount provided they are paid electronically, the transition will be immediate.

All cash payments above the level of a few Euros will anyway proceed in the previously described manner, that is, the customer pays by means of his debit+tax card. But paying in cash now becomes more costly for all parties concerned as the consumer has no right to a rebate by the tax authority while the recipient (for instance the cashier in a super-market) must enter the amount in

question manually into the keyboard of the card reader thus informing the Central Tax Authority (Central Tax Computer). For the customer himself this makes no sense because every citizen must anyway show his debit+tax card containing his identity number.

Once payment is 90 to 95 percent electronic, government will make electronic payment obligatory for all domestic money transactions. This is a necessary step because there is good reason to fear that the remaining 5 to 10 percent cash transactions predominantly serve the purpose of tax evasion.

2) This point leads to the further objection that the new system too will not be immune to tax evasion. This is certainly true! Whoever ventures a claim to the contrary, would grossly underestimate human intelligence. But the main point is of a different kind. It concerns the question whether the new system is apt to achieve greater social justice and whether tax evasion will be made more difficult. On both accounts our answer must be affirmative.

3) New Fiscalism, so it is argued, transforms citizens into perfectly transparent consumers. If this were true, we would have to fight against quite a formidable and, for that matter, quite legitimate objection as democratic man fears nothing so much as intrusions into his or her private life. Every single shopping reported to the Central Tax Computer? Is this not tantamount to total surveillance?

I hold this objection to be irrelevant for several reasons. First because real and indeed highly dangerous snooping is at present a fact of everyday life. The buying behavior of almost every consumer is spied out ruthlessly for private purposes. This is done primarily via the Internet, but also by supermarkets and compa-

nies using discount cards so that the nature of all things bought can be easily ascertained together with personal identities. The use of such information is not restricted to private advertising purposes. In all developed countries, the collected data thus obtained is being sold for whatever - even political - purposes it may serve.

By contrast, when calculating taxes of final consumers, the Central Tax Computer does so based on information that in 95 percent of all daily purchases consists of mere numbers, namely the numerical amount of each purchase or sums of such. Thus, in most cases, only the extent of consumption is known to the Central Computer not its material nature. Indeed, the tax authority acquires no more knowledge of its citizens than it already possesses at present. Reservations concerning the tax authority's access to personal accounts are more justified. I have dealt with this in Addenda III.

4) A strictly consumption-related tax system will have the undesirable effect of letting the final consumer tax go skyrocketing to unbearable heights. This criticism was raised by German tax expert Lorenz Jarass. Although the objection was already referred to under VII) Impact of New Fiscalism, paragraph 11, I want to add a further remark.

Let's compare a system A) characterized by progressive taxation of work (income) plus taxation of property (mineral oil and other commodities) with an alternative system B) characterized by a progressive final consumer tax and equal taxation of property. It should be evident that both can be made totally equivalent in terms of total tax revenue. In this respect, there is no advantage or shortcoming on either side. So it cannot be considered a relevant objection that the consumption tax will be correspondingly

high because it is only the side of taxation that has been changed not its total amount.

On the other hand, it is certainly true that you get rather elevated taxes for the final consumer unless the focus of taxation be shifted on the taxation of property, that is on commodities. In the new system a substantial part of taxation should, therefore, be placed on raw materials and material assets processed by producers. This requirement dovetails with the demand of all those who voice their protest against the environmental impact of the current tax system. We must get away from taxation of work (income) to that of scarce goods!

We should, however, not confuse the final-consumer tax with current VAT. This is a hybrid tax, charging both the end consumer (but in a socially harmful way, because it specifically hurts the lowest income strata) and companies, which it treats in a uniform way regardless of their efficiency. Furthermore, VAT is bereft of any ecological value. Like most other currently applied taxes it owes its origin to expediency, namely the fact that prior to the emergence of electronic payment governments found it nearly impossible to tax single consumers in a socially acceptable way, while it was quite easy to turn to companies for that purpose.

5) The taxation of income fundamentally differs from that of consumption. To a certain extent, the former is always arbitrary. Income is dependent on prejudices such as gender differences and often depends on coincidences in personal biographies (certificates from a more or less respected school or university). Such arbitrariness is then inevitably carried over to taxation.

Consumption, on the other hand, establishes an objective yardstick of comparison, i.e. a person's access to the quantity of goods to which all citizens are entitled. Consumption represents a part of our social existence belonging to the direct and daily expe-

rience of every citizen. It consists of things with which we shape our lives. Incomes, on the other hand, are mere numbers, which nowadays may go into the millions, thus losing all connection with direct experience. By putting consumption in the foreground, wealth and poverty become tangible again. Shortages and excesses are becoming directly felt again. In this respect, too, the two systems are by no means equivalent.

Perhaps most important is the final argument in favor of a transition from income to consumption taxes. It is only within the framework of the latter that it becomes immediately clear why savings present a Janus face. As deferred consumption, they are an indispensable part of individual care, no matter whether the individual wants to secure a modest or a luxury consumption for emergencies and old age. As savings for the achievement of incomes without performance that aim at economic and political power and consist of figures which easily exceed the limit of any possible consumption, they represent exactly that basic evil of private ownership societies that regularly tear it apart leading to revolutions from below. As shown in "Addenda IV", current taxation of wealth makes no distinction between postponed consumption and the productive use of capital for the good of society. Only within the framework of a pure consumption tax can such a differentiation be achieved without difficulties.

IX) Ecological Tax - how it should *not* be conceived

Some proposals are based on the idea that the tax system should completely avoid the reference to individual persons. No doubt it could then be simplified even more than by means of the final consumer tax here presented. The state no longer determines taxes taking into account the capacity of individuals to pay them.

This can be achieved with the help of an "ecological tax" paid out to every citizen at a level that is either based on average ecological consumption or on a lower target that state and society would like to achieve. Those who do not exceed the average or the target value of ecological consumption remain untaxed on balance because they receive what they spend. On the other hand, anyone whose consumption is above the average or the target value will pay additional taxes.

Such a tax system has the advantage of captivating simplicity. Unfortunately, it suffers from two cardinal errors that make it completely unusable. On the one hand, it falls short in terms of the object of taxation, and on the other, in terms of its scope.

The object of taxation is here restricted to ecologically nonrenewable, environmentally damaging, or scarce resources. However, the concern for nature is barely a hundred years old; until then, societies had far more reason to worry about the exploitation of nature than about that of man. Indeed, this is the stumbling block of such proposals. Pressed by ecotaxes, exploitation would immediately shift back to man. If somebody keeps a huge workforce of servants, he is not asked to pay for it. Neither is he if he consumes the high-tech work contained in lots of modern products. Such a way of taxing consumption would therefore limit its object in an unjustifiable way.

But it is also useless regarding the scope of taxation. Supposed a consumer exceeds the consumption of ecologically harmful goods by fifty percent and has to pay taxes accordingly. That is a lot for some and nothing for others as the burden of such a tax depends strictly on the level of income. A person A may spend twenty percent of his or her income, while a person B with an income ten times as large spends only two percent. In other words, this tax is similar to VAT, which is rightly condemned as anti-

social and has no personal connection either. Existing social inequalities are cemented by such a tax system.

We should never forget that poverty and wealth are always related to specific individuals. A tax system that wants to alleviate their excesses therefore cannot do without such a reference.

Addenda I (Taxable goods and persons)

Differences regarding taxable goods

The Central Tax Computer needs no other information with regard to most purchases – up to 95% – than the sum total paid together with the consumer's identity number. However, in the case of long-lived assets as for instance land, homes etc., it will need additional information as to their concrete nature (under the present tax regime too, the tax authority is normally informed about such acquisitions since many of them are deductible). As already mentioned, the acquisition of housing or land remains untaxed up to a minimum size, is subject to a standard tax when reaching a standard size and quality but will be taxed progressively beyond the standard. The same holds true for more expensive durable goods such as cars. These too remain untaxed in minimum quantity and quality, but above that level are subject to progressive taxation. A certain lifetime will, of course, be assumed, quicker consumption is no reason for tax reduction.

Land as well as housing belong to scarce resources, therefore they are not merely taxed when they are bought, but in addition become subject to an annual tax. Here again the minimum is free from tax while beyond that level progression comes into force. Otherwise, it would be nearly impossible to prevent an increasing concentration of land and other property in a few hands. Again,

the rental of housing conforms to the same principle of a tax-free minimum and progressive taxation beyond that point.

No taxes are levied on medical services since they are considered necessary expenditures - as such the sums paid are not even included within the total of final consumption. How the tax authority, which in this case acts as a social institution, proceeds in the absence of personal income has already been described.

To protect privacy, the computer only registers numerical amounts without any further specification as to the nature of medical treatments. A difference should be made, however, regarding cosmetic and other medical surgery not directly connected with the preservation or restoration of health. In this case expenditures will, of course, not be deducted from final consumption and they are, furthermore, subject to progressive taxation.

Differences between taxed subjects (final consumers)

So far, we only dealt with natural individuals. The members of families or common law marriages may use debit+tax cards (or bank transfers) in the above-mentioned way. But the Central Tax Computer has been provided with the additional information that their different identity numbers are to be treated as a group.

By defining a different minimum and standard consumption as well as choosing a less steep progression the state may act in favor of families thus pursuing an active family policy.

Addenda II (Taxes on inheritance and wealth)

The oldest means of preventing excessive concentration of wealth is the inheritance tax. The transfer of inherited property to one's

own descendants is nothing other than a continuation of the privileges of birth, which seem unfair to any society when it seeks to replace them with personal merit and ability. Theoretically - but only in theory - a society would be socially just and fair if it did not merely insist on an inheritance tax but allowed the passing on of assets only to persons who bring the best abilities - certified by society - to its administration.

This demand could, however, never be enforced without seriously damaging personal initiative, that is the very motor of social development. Men are likely to work with the greatest willingness when they can do so for the people closest to them (usually their partners or children). On the other hand, society and its well-being are mere abstractions - even more so the more populous they are. For this reason, inheritance tax is not mentioned here at all, and inheritance not tampered with; instead the personal disposal of wealth is taxed to a high degree as soon as it is no longer linked to personal performance.

Addenda III (Hoarding money etc.)

Using one's income for current or deferred consumption does not exhaust all possibilities. To avoid taxes, it could simply be „parked“ on a current account. Even if not providing its owner with a substantial interest rate at the time when these are near zero, that is with additional income, it would nonetheless be removed from the reach of the Treasury. Money could even be hoarded in large amounts. This would then have a deflationary impact on the circulation of money. To prevent such hoarding, the Treasury must either be given a direct insight into checking accounts – which I do not advocate – or commercial banks must be under

obligation to inform the treasury once a personal checking account exhibits a certain critical amount.

This goal may easily be achieved if commercial banks are obliged to accept only saving amounts of, let us say, up to 10 000 euro. Once this critical level has been surpassed, banks will automatically transfer the surplus to the savings account of the person in question. If, for instance, at the end of a given month, the total amount on the checking account is equal to 23 000 euro, 13 000 euro will be redirected to the savings account. Let it be clear that most taxpayers have nothing to fear from such a procedure. Since savings are tax-free up to a standard and are even favored by negative taxation if this standard has not been attained, most people would lose when leaving their money on a checking account.

For the disciples of Silvio Gesell, who want a reform of the monetary system, it may be interesting to note that the problem of deflationary money hoarding – which is at the very heart of Gesell's doctrine – is here elegantly solved for current accounts (mark that cash is no longer used anyway).

Probably, there will always be a certain number of people speculating with being supported by the public in old age and in emergencies. Possibly their income is so low that they have no other choice, but the possibility cannot be excluded that people with sufficient means will still use all their money exclusively for current consumption. In this case, a compulsory provision should be enforced similar to social insurance already carried on by the state for most of the population. If current consumption surpasses a certain level, but the person concerned does not make any provision for its deferred counterpart, then the taxation of current consumption is automatically increased. The corresponding surplus is then invested by the state, i.e. the state operates the provision on behalf of the citizen concerned. This alternative could even be considered completely legal and normal. It would then be no

offence if citizens with high current consumption don't bother about old age, unemployment etc. leaving the appropriate actions to the state or state organizations instead (as practiced in social security today). However, it would be an inadmissible restriction on individual freedom if only this possibility were allowed. It should be left to the individual to choose more risky forms of investment. The state would, of course, choose the safest and thus the least profitable form of investment.

Finally, it should be noted that the relation between investment needs and disposable savings is constantly shifting. In a market economy, it can only in part be regulated by interest rates. Although higher interest rates provide a reasonably reliable means of increasing the supply of savings, low interest rates generally lead to the hoarding of money (and deflation) or to its being channeled into the financial sector. Both results are effectively prevented by the measures here advocated.

However, in the new system the state has still another instrument at its disposal to bring current and deferred consumption into balance. It can change the respective progressions independently of each other and thus selectively favor either deferred consumption, that is savings, or its counterpart: current consumption.

Addenda IV (Are companies unduly favored?)

Taxation should be restricted to what we take from society in the shape of available goods and services while nobody should be taxed for what we give to society in the shape of work and talent. Income taxes as well as the taxation of all other types of income are thus a thing of the past. Companies pay taxes for the raw ma-

materials they need, also for the land and real estate they claim (producer-consumption tax), but not for the earnings derived from production, because the latter constitutes a central contribution to the well-being of every society: the foundation of its prosperity. While they may be required to pay high taxes for the raw materials they need so that progress is guided in an ecologically sustainable direction, they are not taxed when buying machines and other equipment. The raw materials used in this equipment have already been taxed in the companies of suppliers, and the labor used in the process is tax-free anyway. This means that value added taxes, i.e. value-added taxes or turnover taxes, as well as corporation taxes or taxes on profits belong to the past. Is this an irresponsible way of relieving the burden on companies?

At a time when some large companies are accumulating more money than smaller states declare in their budgets, such a proposal must arouse justified mistrust. Does this not push the neoliberal program to the extreme, a program designed from the outset to free companies from all obligations to the public?

That is right. If the matter were to be handled wrongly, i.e. without the new wealth tax, evils would undoubtedly be exacerbated. However, if we proceed in the right manner, then we strengthen the productive apparatus and, furthermore, reduce existing imbalances! To see how this result is achieved, we have to take a closer look at the concept of deferred consumption. In principle it is correct to regard all savings and thus all income and assets of a natural person not required for current consumption as deferred consumption and then to skim off what exceeds the approved maximum in order to prevent the abuse of personal property as an instrument of power. This affects bank deposits, share packages and other securities that produce profit without any personal performance of investors through interest, dividends and speculation that is through the performance of other people. But

excessive private enrichment through personal achievement by should be affected too. The wealth tax here proposed favors the prophecies of the late management guru Peter Drucker. Drucker demanded that all citizens become shareholders of the productive economic sector.

Regarding joint-stock companies, the participation demanded by Drucker is easy to achieve. It consists in a dispersion of ownership through fiscal actions. However, there are many assets that directly serve the purpose of personal performance, so that a diversification of ownership is out of the question. Such assets can be very significant, e.g. a business chain such as the dm market in Germany. It has been successfully built up and expanded by its owner (Götz Werner). In this as in other cases, whenever private initiative is exercised in a socially responsible way, the interest and welfare of the public is served in an eminent way. To punish such a success by taxation (except the ecological first consumption tax), as it happens today, is highly counterproductive, because the state thereby particularly penalizes the most successful enterprises. It would certainly make sense to prescribe a maximum company size above which an owner should divide up his business and transfer part of the management to other hands. That would be a useful supplement to today's laws against monopolies. Regarding the providers of financial services (banks) such a restriction of size has been discussed anyway, but it should also be considered for other companies.

But we should not forget that family-owned and managed companies in Germany and elsewhere not only procure most jobs, but also constitute the hot core of innovation. The state and the general public will cause the greatest damage if they act in a wrong way. In China, too, it is these personally managed companies that have helped the country to an extraordinary upswing after the end of Mao feudalism. On the other hand, China demonstrates to the

whole world how one of the now most unequal societies suddenly emerges from drastically enforced equality in the Mao era. New billionaires are sprouting up like mushrooms. In Germany, the creation of large fortunes has taken a similar course. One only needs to go through the list of the hundred richest Germans to get aware of this development.

This brings us to the real problem. It concerns property. Today it is taken for granted to strictly separate the state budget from the personal income of politicians. Only in dictatorships does the treasury serve as a private purse. It is precisely this separation that joint-stock companies are bound to apply: The board of directors and company employees use the money provided to them by shareholders exclusively on their behalf. They are, of course, strictly forbidden to use it for personal enrichment. The same principle should apply to personally managed companies (family business). In the past, this was a practice widely adhered to. During the great period of the German economic upswing towards the end of the 19th century and then again in the first three decades after the end of World War II, this principle was widely applied, albeit without institutional anchoring. Quite a few of the great industrial pioneers personally led an almost ascetic life; they had dedicated themselves entirely to the success of their companies. Max Weber described this attitude as the spirit of Protestantism and inner-worldly asceticism and saw it as the origin of modern capitalism.

It is therefore important to make a difference between the personal income of the entrepreneur running his business and the wealth the business represents. Both should be treated differently from a legal point of view. If this condition is fulfilled, the exemption of companies from all taxes except for the ecological producer-consumption tax does not cause any damage, but on the contrary leads to a general stimulation of economic activity.

How can this goal be achieved? It is achieved by giving the tax authority an insight into the financial situation of the companies in return for waiving all taxes other than the producer-consumption tax. The Central Tax Authority is informed about the annual amount of profits, investments and raw materials purchased. Like all other citizens the owner of a family business pays with his personal income for current as well as deferred consumption and is taxed for it like everybody else. But the assets embodied in his business are not considered his personal savings. They are not added to deferred consumption because they do not belong to this category.

However, this separation between private income and the assets represented by the business in question is possible only if the owner's disposal is limited. He may and should do everything that serves the success of the business and the people employed in it. That means, he can enlarge, expand, and diversify the business as he wishes and thus achieve prestige and possibly even political influence. He may also give it away or bequeath it - without having to pay a tax, because it cannot be in the public interest to endanger a long-established production plant by ruining it with a high tax on gifts or on inheritance.

But as soon as the owner sells his business, he cuts the ribbon of personal performance that had previously justified his ownership. In other words, New Fiscalism now transforms the proceeds of this sale into a personal deferred consumption covered by the new wealth tax. The resources accruing to the public in this way exceed anything the government has up to now been able to collect through property, inheritance, or gift taxes. They make such taxes simply superfluous. More equal chances for everybody are ensured because the abolition of all taxes on work and achievement make it so much easier to start businesses.

Such a solution to the problem of increasing wealth should not be confused with the approach of Marx-oriented socialism. The latter wants to nationalize private companies, thereby returning to feudalism and paralyzing private initiative. That is not what is talked about here. All companies remain privately owned - whether by a single owner or by a large number of shareholders like joint stock companies. Only the private disposal of asset wealth, that is the possibility of personal enrichment is restricted at a specific moment (when a company is put up for sale). It is not to be feared that the willingness to perform will be reduced, because inheritance and the chances for the development of personal abilities remain undiminished.

Addenda V (Control: Central Tax Computer or Commercial banks?)

The new tax system would not need to go any further than it already does, if it gives the tax authorities access to all accounts. The current insight of the state and the tax authorities into the pay slips of employees entails great administrative costs on the part of companies. It would no longer be necessary except when a person becomes eligible for public help. As far as private data protection is concerned, such a change does not need to be seen as a restriction or an extension of personal freedom. The point must be emphasized, because the emotional resistance to such access by the tax authorities conceals the fact that most of the population is already subject to such supervision. In fact such control is even reduced, accounts will only be checked for persons receiving public help, but in this case too, the Central Tax Computer only knows the account balance of a specific identification number. Conversely, when the authority sends out its tax assessment

letters, the taxpayer's name appears in the address, but not the identification number.

However, as already mentioned, such disclosure to the tax authorities can even be totally dispensed with. Since commercial banks administer the money of their customers, they are, of course, well informed about all account balances at any time. They could therefore carry out taxation measures or state subsidies on behalf of the Tax Authority with the same routine as they do now when calculating interest, for example. All processes that I have described for the sake of simplicity with reference to Central Tax Computer may in principle be taken over by commercial banks in just the same way - they would then be compensated accordingly for the increased administrative effort. In a similar way, some insurance companies have assumed the settlement of taxes for motor vehicles. The state must only make sure that there are no cover-ups by private banks.